

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

36. Woche für die Zeit vom 4. bis 10. September 1903.

Posen, den 15. September 1903.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 201 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 4. September 1903:

Die Warschauer Philharmonie.

Im Kurier warszawski lesen wir:

Aus bester Quelle erhalten wir nachstehende Mitteilung:

Das Warschauer Philharmonische Orchester, welches zur Teilnahme an der internationalen, aus Anlaß der Enthüllung des Wagnerdenkmals in Berlin und des gleichzeitig abzuhaltenden internationalen musikalischen Kongresses stattfindenden Feier eingeladen worden war, hatte mehrere Wochen hindurch mit dem Denkmalskomitee unterhandelt. Diese Verhandlungen hatten schon zur Unterzeichnung eines materiell günstigen Kontrakts geführt, der unserm Orchester großartistische Aussichten verhieß.

Der Vorstand der Philharmonie hatte bei der allseitigen Erörterung der Angelegenheit nachstehende Umstände im Auge:

1. Die Berliner Konzerte sollten überwiegend internationalen Charakter haben. Die Philharmonie war in den Arrangements des ersten Konzerts durch nichts beschränkt, und das zweite sollte dirigiert werden durch neun Kapellmeister verschiedener Nationalität.

2. Die Berufung des jungen polnischen Orchesters zum großen internationalen Turnier nach Berlin sicherte dem Orchester außer rühmlicher künstlerischer Auszeichnung die Aussicht, eine Reihe weiterer Einladungen in die Hauptstädte Europas zu erhalten; diese Einladungen waren um so nötiger, als zwecks Balancierung des bedeutenden Budgets des Orchesters Tournees desselben alljährlich in der Voraison erforderlich sind.

3. Das Bedenken bezüglich des Bodens der internationalen Konzerte war gemildert sowohl durch ihren Charakter als auch durch die Präzedenzfälle der letzten Zeit. (Veröffentlichung der Namen der vom Warschauer musikalischen Verein für den Kongreß ausgewählten Delegierten und die neuerdings erfolgte Veranstaltung eines kompositorischen Konzerts durch Herrn M. Karłowicz unter Beteiligung polnischer Solisten.)

4. Die zahlreiche polnische Bevölkerung Berlins bildete eine hinsichtlich der Zusammensetzung der Zuhörerschaft erwünschte Anregung.

Der Vorstand der Philharmonie zog jedoch in Erwägung, daß neben den Äußerungen derjenigen Elemente, welche der Philharmonie immer und über-

all zu schaden trachten und mit denen zu rechnen zu den Unmöglichkeiten gehört, ein gewisser angesehenen Teil der öffentlichen Meinung gleichfalls der Ansicht war, daß die Teilnahme des polnischen Orchesters an den Berliner Konzerten im jetzigen Moment aus breiteren Rücksichten unerwünscht wäre.

Diese Überzeugung nicht voreingenommener und angesehenen Kreise bewog den Vorstand der Philharmonie, auf die Berliner Künstlerreise zu verzichten und dem Wagnerkomitee den bereits seitens desselben unterzeichneten Kontrakt zurückzusenden.

Aus Nr. 197 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 1. September 1903:

Deutsche Mittel.

Unter den vielen Mitteln, mittelst deren uns die verschiedenen deutschen Verbände und Vereine zu germanisieren trachten, befindet sich seit 1894 das vom „Alldeutschen Verband“ angeregte Projekt, in den Ostmarken Waisen- und Findlingsanstalten einzurichten, welche diese Kinder zu wackeren Stützen des Deutschtums in den polnischen Landesteilen erziehen sollen.

Dieses von dem bekannten alldeutschen Macher Dr. Hassé in Leipzig warm unterstützte Projekt wurde verwirklicht und man gründete einige solche Waisen- und Findlingshäuser.

Man kaufte von der Ansiedelungskommission das Schloß in Neu-Zedlitz und übergab es dem im Großherzogtum Posen geschaffenen Waisen-Schutzverein. Dieser knüpfte mit den deutschen Städten Hannover, Charlottenburg, Berlin, Erfurt, Frankfurt a. M., Leipzig, Halberstadt, Dresden, Dortmund, Breslau, Darmstadt, Spandau und Schöneberg Beziehungen an.

Nach den Verpflichtungen, welche diese Städte der Anstalt gegenüber eingingen, werden sie für jedes Kind jährlich 100 M. zahlen. Dafür wird die Anstalt die Kinder in der frischen Luft des Ostens zu guten deutschen Bürgern erziehen und ihnen ein Sparkassenbuch über 100 M. mit auf den Weg geben.

Bisher sind 267 deutsche Kinder, Waisen, Findlinge und Bankerte jedweder Art nach dem Osten gebracht worden. Sie können trotz des von der Anstalt gemachten Vorbehalts, daß sie kranke Kinder nicht annehmen, Seuche in den polnischen Landesteilen verbreiten. Solche verseuchte Bankerte — das sind die Pflänzlinge des Deutschtums! Sie, die weder Vater noch Mutter gekannt haben, sollen die Liebe zum Vaterlande in den Herzen des polnischen Volkes ver-

breiten. Ein solches amtlich und schablonenmäßig erzogenes Vankert soll den polnischen Handwerker von dem durch das Blut und den Schweiß seines Vaters benehten Boden verdrängen.

Das Scherzen steht frei, Ihr Herren Alldeutschen, — Euer Mittel ist sehr erfolgreich nach ganz anderer Richtung hin.

Dadurch, daß Ihr uns die großstädtischen deutschen Vankerte zusendet, werdet Ihr die Liebe, die in den polnischen Herzen schlummert, die Liebe zu dieser vaterländischen Erde, zu dieser unserer Mutter, die uns das Leben gibt und uns zu nähren im Stande ist, deren Namen zu tragen der Ruhm eines jeden Polen ist, wecken, und Ihr werdet den Abscheu gegen die Böglinge wecken, welche der Verderbnis der deutschen Städte, die sie gegen ein billiges Geld von 100 M. gern loswerden, entstammen.

Aus Nr. 199 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 2. September 1903:

Die Pflichten der Beamten

in den Ostmarken der preussischen Monarchie sind andere, als diejenigen, welche die Beamten in den West-, Nord- usw. Marken haben. Die Eisenbahndirektion in Bromberg hat ihren Untergebenen in der letzten Nummer des Amtsblattes den Ministerialerlaß vom 12. April 1898 in Erinnerung gebracht, in welchem die Beamten auf ihre nationalen Pflichten hingewiesen werden. In dem politischen Erlaß des Ministeriums, den das amtliche Blatt zitiert, lesen wir sehr charakteristische Wendungen. Zunächst ist die Rede von Provinzen mit in sprachlicher Hinsicht gemischter Bevölkerung. Die Beamten hätten dafür zu sorgen, daß in dieser Bevölkerung das staatlich preussische und nationaldeutsche Empfinden gestärkt werde. Durch ihr Verhalten sollten die Beamten zur Hebung der Autorität der Behörden beitragen. Wo sich irgend die Gelegenheit biete, sollten die Beamten unter Vermeidung kühler Reserve auch außerhalb ihrer amtlichen Tätigkeit zum Wohlstand der deutschen Bevölkerung und zur Hebung des deutschen Wissens und der deutschen Kultur beitragen. Das Ministerium wünscht in dieser Hinsicht, daß die Beamten sich mit der Gründung von Erwerbsgenossenschaften, von Instituten zur Hebung der Volksbildung und der deutschen Kultur, von patriotischen Vereinen, und von Vereinshäusern als Sammelpunkten des geselligen Lebens befassen sollten. Weiterhin fordert das Ministerium, daß man schwankenden Existenzen und in nationaler Hinsicht bedrohten Personen Beihilfen gewähre. Natürlich schöpfen diese Beihilfen sowie alle zur Hebung des deutschen Elements von den Beamten gegründeten Institute ihre Lebenskraft aus den Dispositionsfonds der Oberpräsidenten. Davon erwähnt der Runderlaß nichts weiter.

Aus Nr. 202 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 5. September 1903:

Betrifft Presseverhältnisse.

Endlich ist deutscherseits die nichtswürdige Arbeit demaskiert und gebrandmarkt worden, die in Posen seit Jahren ein gewisses Bureau betreibt, das fast die ganze deutsche Presse und besonders die deutschen habsburgischen großen Blätter mit Elaboraten bedient, die auf unsern Schaden berechnet sind und unsere Verhältnisse tendenziös in falschem Lichte darstellen. Wieviel Lügen, Verleumdungen und Gift

von dorthier in die Welt gegangen sind, wie weit dieses Viperngeziß die deutsche Meinung vergiftet, wie es dieselbe irregeleitet, betört, gehässig gegen uns gestimmt hat, das ist nicht zu beschreiben, wir fühlen es aber alle an unserm Fell. Wer auch nur ein paar Tage lang die deutschen Zeitungen gelesen hat vom Posener Tageblatt, Gefelligen, Deutsche Zeitung, Tägliche Rundschau, Kölnische Zeitung, Berliner Neuesten Nachrichten an bis zur Nationalzeitung, der hat sofort wahrgenommen, wie alle diese Blätter alltäglich gleichlautende Mitteilungen aus Posen über die Polen und polnische Angelegenheiten brachten, mit der offenkundigen Absicht, die Regierung und die Deutschen gegen uns aufzuheizen, die „polnische Gefahr“ in den gräßlichsten Farben darzustellen und allesamt in Deutschland gegen das polnische Element mobil zu machen. Diese Nichtswürdigkeit verübte das Bureau, die Quelle dieser Enunthationen, systematisch seit vielen Jahren. Es redete den Deutschen alles ein, was es wollte, und machte sie so leichtgläubig in Bezug auf die polnischen Verhältnisse, daß es heute keine Dummheit gibt, welche die Deutschen nicht glauben, sobald sie nur die Polen betrifft. Das System dieses Bureaus war von der Art, daß man sich zunächst drohend klingende Märchen aus den Fingern sog, um den deutschen Michel zu schrecken; ferner machte man aus Mücken Elefanten, drittens schrieb man stets von unserer Macht und Kraft und von der Bedrückung und Ohnmacht der Deutschen, viertens sprach man ausschließlich von Dingen, die zu unseren Ungunsten auszuliegen waren, und endlich brachte man täglich Mitteilungen über uns, gleichgültig ob etwas zu schreiben da war oder nicht, um nur die deutsche öffentliche Meinung in der Ansicht zu bestärken, daß bei uns ewig etwas los sei, was die Deutschen unaufhörlich in Unruhe und auf der Hut erhalten sollte. In diesem Vorgehen des Bureaus und der Presse liegt zum großen Teil das Geheimnis und die Erklärung der uns feindlichen Politik, die ihre Informationen aus einer vergifteten Quelle schöpft. Diese falschen Mitteilungen haben in Deutschland geradezu eine über der ganzen Volksgeamtheit schwebende Atmosphäre geschaffen, eine Atmosphäre der Abneigung, des Hasses, verbunden mit Furcht, des Gefühls der Notwendigkeit, sich gegen ein mächtiges und feindliches Element zu verteidigen, das sich in den Grenzmarken des Staates breit mache und uralte deutsche Landesteile immer mehr überflute und einnehme. Diese Mitteilungen erhielten zugleich den Wert von Dokumenten dadurch, daß man sie auf den Ministerbänken und an allerhöchster Stelle ratifizierte. Ist es doch bekannt, welche hervorragende und für uns entscheidende Rolle in den parlamentarischen Körperschaften, während der polnischen Debatten die Ausschnitte aus den Zeitungen spielen. Gegen diese Kampagne helfen weder Dementis von unserer Seite noch solche der redlicheren Zentrumspreffe — wir haben hier vor allem die Kölnische Volkszeitung im Sinne, welche die Deutschen vielfach vor den falschen Nachrichten über die Polen warnte: das habsburgische Bureau hat sich geradezu eine deutsche Meinung auferzogen und sie nach ihrem Wunsch und nach ihrer Richtschnur gestaltet. Daraus ergab sich anscheinend eine Situation ohne Ausweg: Es war kaum zu glauben, daß einmal eine Änderung eintreten könnte. Indes ist eine wenig vorausgesehene Tatsache eingetreten, die zu einer Änderung beitragen kann, eine Tatsache, die im Stande ist, die Grundlage des Bureaus zu erschüttern und es der Autorität der Unfehlbarkeit ihres

Urteils über die Verhältnisse im Osten zu berauben. Die hiesige liberale Posener Zeitung hat sich über die „dunklen Existenzen“ hergemacht, welche des lieben Geldes wegen falsche Mitteilungen aller Art über die Posener Verhältnisse in die Welt setzen; sie schnitt eine Zeitlang Korrespondenzartikel der großen deutschen Blätter mit der Spitzmarke „Man schreibt uns aus Posen“ aus und stellte fest, daß alle diese Mitteilungen aus einer Quelle kamen und eine und dieselbe nichtswürdige, oben von uns gekennzeichnete Tendenz haben. (Es folgt eine Skizze des Artikels der Posener Zeitung Nr. 109/1903 betitelt „Eine Posener Spritzfabrik“, dann schließt der Kurier seine Auslassung wie folgt): „Die Posener Zeitung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie ihr Ziel erreichen werde. Ob dies der Fall sein wird, ist augenblicklich schwer zu beurteilen; doch haben wir wenigstens heute die Genugtuung, daß die redlicheren Deutschen diese Arbeit länger nicht mehr ansehen konnten. Sie haben dieselbe als für ihre eigenen Interessen schädlich erkannt, sie öffentlich gebrandmarkt und die deutsche Volksgesamtheit davor gewarnt.“

Aus Nr. 198 des Kurier Poznański (Posen)
vom 1. September 1903:

Man schreibt uns aus der Stadt:

Der nicht zustande gekommene Verband der Ärzte.

Die vor einigen Wochen angekündigte kollegialische Zusammenkunft der polnischen Ärzte aus dem Großherzogtum, aus Westpreußen und Schlesien hat am vorigen Sonnabend unter ungewöhnlicher Beteiligung der Kollegen stattgefunden. Etwa 90 Ärzte füllten den Saal des Hotel de France zwecks Gründung eines Ärzteverbandes. Schon 70 der Erschienenen hatten im voraus die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie dem Verbande beitreten. Der Zusammenschluß konnte nur eine Formalität sein, da außerdem 80 Ärzte, welche nicht hatten erscheinen können, die schriftliche Beitrittserklärung eingesandt hatten. Die Zahl derjenigen, welche der Idee des Zusammenschlusses aller polnischen Ärzte in Deutschland abhold waren, war sehr klein. Angesichts eines solchen Übergewichts (150 gegen 20) der dem Gedanken Wohlgeneigten muß das Ergebnis der mehrstündigen Beratungen alle in Erstaunen setzen. Der Antrag nämlich, ob ein Verband gegründet werden sollte, kam bei der Abstimmung zu Falle. Im Verlauf der lebhaften Diskussion zeigte es sich, daß besonders die älteren Ärzte aus der Provinz die Schaffung einer Organisation als für sich mit Gefahr verknüpft ansehen. Einige angesehenen Ärzte äußerten die Ansicht, daß ein Verband, den die Polen unter sich schlossen, in der Praxis nur Schaden bringen könne und es gelte einzig, sich mit den deutschen Ärzten zusammenzuschließen. Angesichts solcher Argumente erkannte die Mehrheit tatsächlich die große Gefahr an, und ungeachtet der Ausführungen derjenigen Ärzte, welche darauf aufmerksam machten, wie nötig es sei, sich in unseren Zeiten unter sich zusammenzuschließen, zog diese Mehrheit ihre ursprüngliche Erklärung zurück und sie stimmte gegen den Zusammenschluß. Ungeachtet dessen wurde der Gedanke der Initiatoren der Zusammenkunft im Prinzip durchgeführt, wenn auch unter anderem Namen. Man beschloß nämlich, statt die „kollegialische Hilfskasse“ mit dem projektierten Verband zu verschmelzen, letzteren mit der „Hilfskasse“ zu

verschmelzen und einzelne für den Verband bestimmte statutarische Bestimmungen, namentlich die Einrichtung eines Informationsbureaus, anzunehmen. Bei dem Punkt „Verschiedenes“ erwies sich, als man eine Resolution in beruflichen Angelegenheiten der polnischen Ärzte faßte, der Mangel einer organisierten Instanz, welche sich mit dieser Resolution befassen könnte. Aber das war zu spät. Mit merkwürdiger Logik trat die Befürchtung, daß die „kollegialische Hilfskasse“ gefährdet werden könnte, — (einer der Hauptgründe, welcher von der Bildung des Verbandes abhielt) — jetzt zurück und man übertrug die Sache den Statuten zuwider dem Vorstand der Kasse. Die Versammlung wurde um 1/10 Uhr geschlossen. In dieser Angelegenheit berichtet der Dziennik Poznański in Nr. 198 vom 1. September folgendes:

Die Statuten des Verbandes waren bereits abgefaßt und bekannt gegeben worden, auch hatten schon 151 Herren ihre Bereitwilligkeit beizutreten schriftlich erklärt. Die Notwendigkeit eines Verbandes wurde damit begründet, daß angeblich die Fälle sich mehrten, in denen der Mangel einer Repräsentation der polnischen Ärzte sich fühlbar machte, sei es in den Beziehungen zu anderen Ärztevereinen, oder zu den Behörden, zu Kassenvorständen usw. Es besteht zwar schon eine „Kasse zur kollegialischen Hilfe“; doch konnte dies Institut sich mit der Durchführung obigen Gedankens nicht befassen, da es satzungsgemäß sich ausschließlich mit der materiellen Unterstützung kranker Ärzte sowie der Witwen und Waisen verstorbener Ärzte zu befassen hat. Von den 280 polnischen Ärzten der Provinz gehören dieser Kasse nur 115 an. Die Gründung des Verbandes der außer dem oben erwähnten Zweck auch die Aufgabe haben sollte, unter den polnischen Ärzten das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stärken, ist nicht zu Stande gekommen. Der Dziennik meldet das mit folgenden Worten: „Die Ärzte trennten sich, ohne etwas ausgerichtet zu haben. Es überwog die Ängstlichkeit, die sich von einzelnen auf die Mehrheit übertragen zu haben schien. Man behauptete, daß der Zusammenschluß der polnischen Ärzte schädlich sei und daß man den deutschen Ärztevereinen beitreten müsse. Den Gedanken der Initiatoren beschloß man soweit zu berücksichtigen, daß man der „Kasse zur kollegialischen Hilfe“ ein Informationsbureau anschließen will. Nach mehrstündigen Debatten wurde die Sitzung geschlossen. Die zur Annahme gelangte Resolution soll von dem Vorstand der „Kasse“ bearbeitet werden.“ Hierauf fand ein gemeinsames Mahl statt. „Wir unsererseits“ — so bemerkt der Dziennik — „können hinzufügen, daß die von einem gewissen Blatte (Drendownik) geäußerte Befürchtung, der Verband habe politischen oder gar allpolnischen Charakter, bei vielen Ärzten Abneigung hervorgerufen hat. Wir haben diese Befürchtung nicht gesehen, denn sonst hätten wir dem „unglücklichen“ Artikel betreffend den Verband nicht Aufnahme gewährt. Radikalismus ist schlecht, aber übertriebene Furchtsamkeit ist noch schlimmer.“

Aus Nr. 201 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 4. September 1903:

In Sachen des Verbandes der polnischen kaufmännischen Vereine

erhalten wir von dem Vorstand des Inowrazlawer kaufmännischen Vereins und der kaufmännischen Jugend nachstehende Mitteilung:

Alle die, wenn auch wenig zahlreichen, in verschiedenen unserer Blätter veröffentlichten Äußerungen in Sachen der Gründung eines Verbandes der polnischen kaufmännischen Vereine im preußischen Landesteil lassen erkennen, daß unser Projekt sich im Prinzip einer einhelligen Anerkennung seitens der interessierten Kreise erfreut. Wir haben auch von verschiedenen Seiten her Anregung und Anerkennung äußern hören, wodurch wir zur Realisierung dieses Projekts aufgemuntert wurden, und zwar vom Vorstände der Korporation der christlichen Kaufleute in Posen und vom Verein junger Kaufleute in Kosten.

Angesichts dessen werden wir in der nächsten Zeit durch einen entsprechenden Aufruf in allen unseren Blättern eine Generalversammlung der polnischen Kaufleute aus dem preußischen Landesteil nach Posen einberufen zwecks endgültiger Durchdiskutierung unseres Projekts und zwecks Inslebensrufens des Verbandes im Sinne der gefaßten Beschlüsse.

In dieser Versammlung können auch bei dem Punkte „Freie Äußerungen“ andere zeitgemäße kaufmännische Angelegenheiten berührt werden. Einschlägige Meldungen nehmen wir heutzutage schon gern entgegen zwecks Aufstellung der Tagesordnung der Versammlung. Alle polnischen kaufmännischen Vereine im preußischen Landesteil ersuchen wir auf diesem Wege von neuem, uns ihre genauen Adressen und ihre Mitgliederzahl anzugeben.

Ehre dem polnischen Kaufmannsstand!

Der Vorstand des Vereins der Kaufleute und der kaufmännischen Jugend in Inowrocław.

W. Ożdowski,
Vorsitzender.

C. Kligier,
Schriftführer.

Aus Nr. 201 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 5. September 1903:

In Sachen der Gymnasialjugend

schreibt man uns aus der Stadt:

Unsere Volksgesamtheit befaßt sich sehr wenig mit den Angelegenheiten der Gymnasialjugend, obgleich deren Los und Verhältnisse der Volksgesamtheit nahe liegen sollten, denn die Jugend ist doch die Zukunft. Indes ist die Jugend sich selbst überlassen und selten nimmt sich jemand von den Älteren, von der Intelligenz ihrer an.

Die Verhältnisse im preußischen Gymnasium sind offenbar beklagenswert. Bekanntlich wird jetzt kein polnischer Sprachunterricht erteilt, ungeachtet dessen, daß die Mehrheit der Schüler polnisch ist. Zwar sind wöchentlich zwei polnische Sprachstunden angeordnet, aber nur für die Deutschen.

Aus diesem Anlaß ist die Jugend auf Selbsthilfe angewiesen in Bezug auf die Aneignung vaterländischen Wissens. Hierzu drängt sie sich auch mit jugendlicher Kraft. Mögen die „Älteren“, „Berühmteren“ reden, was sie wollen, mögen sie die Jugend verurteilen, sie erachtet es als ihre Pflicht, vaterländische Geschichte und Literatur zu lernen, und davon wird sie nicht ablassen.

Natürlich befinden sich unter der großen Zahl polnischer junger Leute, welche das Mariengymnasium besuchen, viele, leider sehr viele, welche das gemeinsame Ziel nicht sehen, die Lösung der Mickiewiczischen „Ode an die Jugend“ nicht fühlen. Viele sind solcher, welche keinen breiteren Horizont haben, deren Gedanken und Bestrebungen über das Bereich der Schule nicht hinausgehen. Ein anderer, gleichfalls zahlreicher Teil, zieht es vor, sich zu amüsieren, zu knei-

pen, die Nächte mit unwürdigen Vergnügungen zu verbringen. In welchem Lichte eine solche und ähnliche Jugend sich präsentiert, kann man aus der Rede erkennen, die einer der Schüler bei der Sedanfeier der Schule gehalten hat.

Der Brimaner H. Piechocki hat angeblich im Namen aller Schüler eine Rede gehalten, der sich kein Satirist schämen würde. Es haben sich aus diesem Anlaß die Herzen und die Seelen, aber nicht, wie der Redner sagte, aller Teilnehmer, sondern derjenigen gefreut, die mit ihm gleich empfinden.

Dieser junge Mann wandte sich, wie Sie gestern schrieben, am Schluß seiner Rede an alle und er forderte die Kollegen mit pathetischen Worten auf zu gemeinsamer Arbeit für „unser“ deutsches Vaterland, zum Festhalten dessen, was sie errungen hätten, und daß man sich durch kleinliche Zwistigkeiten die Errungenschaft nicht solle rauben lassen. Ähnliche Erscheinungen inmitten unserer Jugend rechneten wir bisher zu den Ausnahmen. An Strebern hat es zwar nie gefehlt, aber daß sie jemals freiwillig auf solche Weise sich öffentlich hervorgetan hätten, das ist noch nicht dagewesen.

In Erwägung dessen, daß der kühne Brimarerredner polnischen Schülern der Unterklassen Nachhilfestunden erteilt, können seine preußischen Überzeugungen unter der jungen Generation leicht Verbreitung finden.

Es gilt, der Gymnasialjugend mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher. Unter der polnischen Intelligenz haben wir heute schon Leute genug, für welche das Geschäft und der Mammon die einzigen Götter sind, denen sie huldigen, ohne nach der Volksgesamtheit zu fragen. Wir klagen über den Mangel an Charakterbildung, über das Schwenden der Ideale, der Liebe zum Vaterlande, über die Landverkäufer, die Schacherer aller Art, — aber ist daran nicht die Erziehung schuld? Unsere Jugend ist einer Menge Gefahren und Versuchungen ausgesetzt und ungeachtet dessen haben wir Eltern, die der Jugend die materialistische Richtung geradezu einpauken, angeblich ihres Wohls wegen, und die die Jugend edlerer Motive halber geradezu strafen. Es gibt unter uns sogar Politiker von der Art, welche öffentliche Aufrufe erlassen, in denen die Jugend deshalb verurteilt wird, weil sie danach strebt, sich vaterländisches Wissen anzueignen.

Es ist dann kein Wunder, daß die Fäulnis sich unter den höheren und intelligenteren Sphären erschreckend verbreitet, — wird sie doch der Jugend selbst eingeimpft.

Die Jugend selbst sollte, um sich vor fehlerhaften Schritten zu hüten, den Rat erfahrener Leute einholen, doch nur solcher, von denen sie weiß, daß sie gute Polen sind. Die Jugend sollte sich ihnen mit Vertrauen zu nähern suchen, und sie kann guten Rats, der manchmal mehr wert ist als Gold, gewiß sein.

Möge sich unsere Jugend nur gut umsehen, dann wird sie bereitwillige und wohlwollende Herzen finden, dann wird sie sich auch nicht verlassen fühlen und geschützt sein vor Irrtümern, die sie manchmal begeht in Ermangelung des Rats vertrauter Personen.

Aus 200 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 4. September 1903:

Sedan.

Die Deutschen haben gestern Sedan gefeiert. Es war nicht der frühere, laut sich bekundende Animus zu verzeichnen; dafür haben die deutschen Zei-

tungen aus Anlaß der Niederlage der Franzosen das polnische Schreckgespenst ausgehängt, indem sie auf die polnische Gefahr hinwiesen. Auf den amtlichen Gebäuden wehten preußische Fahnen, auf den Privathäusern waren ihrer weniger zu sehen. Die Niederwerfung Frankreichs scheint sich allmählich in den deutschen Köpfen zu verwischen, in dem Maße, wie sich die politischen Beziehungen ausgleichen. Dafür pflegt die Sedanfeier sorgfältig in den Schulen begangen zu werden, von den Gymnasien an bis zu den untersten Klassen der Elementarschulen. Überall wurden Ansprachen gehalten und die Jugend sang „Heil dir“ und „Dajezland über alles“. Eine ähnliche Feier fand gestern im Mariengymnasium statt. Von dieser Feier hat man gestern nähere Einzelheiten erzählt. So hat der Oberprimaner Herr S. Biechocki eine erz-patriotisch-preußische Rede gehalten. Er sprach lange, schön und empfindsam, daß manchem deutschen Zuhörer die Tränen in die Augen traten. Das ganze Geschlecht Napoleons verdamnte er, besonders Napoleon III.; indem er ihn den frechen Epigonen des großen Cäsar nannte. Frankreich kritisierte er so, daß es den Eindruck des Berverfens mit Schmutz machte, die Deutschen dagegen pries er und er stellte sie als Überhelden und Herren des gesamten Kontinents hin. Der Höhepunkt war jedoch der Moment, als Herr Heinrich Biechocki die Rechte erhob und mit starker Stimme sagte: „Wir wollen stets Treue halten und das große Werk, das unsere Väter begonnen haben, weiter bauen!“ Herr Biechocki wettete auch vielfach über irgendwelche „sittenlose, revolutionäre Partei“, was nicht alle verstanden, denn es war zu hochpolitisch.

Der Herr Oberprimaner hat seiner Rede aus eigenem Willen eine politische und patriotische Spannung verliehen, worüber man sich nicht wundern kann, wenn ein solcher „Deutscher“ redet. Wundern muß man sich jedoch darüber, daß Herr S. Biechocki zusammen mit polnischen Schülern die polnischen Predigten in der Bernhardinerkirche besucht. Seine Rede machte Eindruck. Die jungen Gymnasiasten hatten die Augen auf den Redner geheftet, wie auf einen Regenbogen, — und einer von ihnen sagte beim Sinausgehen zu seinem Kollegen: „Weißt Du, das war eine großartige Rede!“

Aus Nr. 202 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 6. September 1903:

Betrifft die Gymnasialjugend.

In letzter Zeit hat man in dieser Angelegenheit wiederholt das Wort ergriffen. Vielleicht hat dies etwas geholfen, man schmiede also das Eisen, solange es warm ist.

Man sagt: Nehmt Euch der Jugend an, oder haltet Euch an die Älteren. Sehr hübsch gesagt!

Wißt Ihr aber auch, wie man sich der Jugend annehmen soll? Vielleicht genügt es, die Ärmern materiell zu unterstützen?

Ich rate Wohlgeimten, für den Anfang an der Jugend auf zehnerlei Weise zu arbeiten.

1. Möge jeder auch nur einen Gymnasiasten und dessen persönliche Verhältnisse gut kennen zu lernen suchen.

2. Möge er ihm von Zeit zu Zeit einige Augenblicke widmen, sei es auch nur wöchentlich eine Stunde.

3. Möge er ihm seine Bibliothek öffnen.

4. Möge er ihm nach Möglichkeit materiell zu Hilfe kommen.

5. Möge er ihm namentlich sagen, wie der junge Mann sich den verschiedenen Wechselfällen des Lebens gegenüber zu verhalten hat. (Liebe, Ideale.)

6. Möge er dem jungen Mann, falls dieser dessen würdig ist, andere gastliche Häuser öffnen.

7. Möge er ihm von Zeit zu Zeit gestatten, mit ihm zusammen an einem Gegenstand zu arbeiten.

8. Möge er besonders der ärmeren Jugend ermöglichen, sich mit der Kunst (Musik, Malerei) zu befassen.

9. Möge er in ihm das Gefühl des Schönen (das sogenannte „savoir vivre“) ausbilden.

10. Möge er ihm behilflich sein, die Ferien, besonders die Sommerferien in einer entsprechenden Umgebung, als die gewöhnliche, zuzubringen.

Es ist das zwar viel, aber wenn man sich mit etwas befaßt, so geschehe dies ordentlich. Vielleicht wissen Sie Besseres zu raten, dann raten Sie, aber auf zur Tat!

Das Gleiche, was ich bezüglich der männlichen Jugend sagte, möge auch der weiblichen Jugend gegenüber angewandt werden, die vielleicht noch mehr der Hut bedarf.

Ich rufe aber Euch allen zu, den Jungen sowohl wie auch den Alten: „Arbeitet an Euch und Euren Brüdern!“

Aus Nr. 199 des Dziennik Kujawski (Inowrazlaw)
vom 2. September 1903:

Die öffentliche Meinung angesichts der unwürdigen Söhne des Vaterlandes.

Aus bürgerlichen Kreisen wird uns geschrieben: Weil gegenwärtig die Frage an der Tagesordnung ist, was die Stimme der öffentlichen Meinung im Großherzogtum zu bedeuten habe, erlaube ich mir hier eine Tatsache anzuführen als Beweis dafür, wie man gegenwärtig diejenigen Polen toleriert, die vor kaum 9 Monaten an dem Pranger der öffentlichen Meinung gestanden haben. In diesem Jahre hat man einen von ihnen, Herrn Stanislaus von Loncki aus Rakoslaw, als Kandidaten für den Reichstag in den Kreisen Neutomischel und Grätz aufgestellt.

Seinerzeit wurde privatim und in den Zeitungen viel Geschrei darüber erhoben, daß er mit einigen anderen Herren zum Empfange des Kaisers nach Posen gefahren sei. Heute, nach 9 Monaten, hat man diese Tat schon wieder vergessen und übertrug dem Herrn von Loncki eine so ehrenvolle Mission.

Wo bleibt hier die Konsequenz? Kann man denn solchen Leuten dreist vertrauen, daß sie aufrichtig und unverhüllt unsere Forderungen im Reichstage verteidigen werden? Geben wir durch ein derartiges Verfahren dann nicht selbst den Verkäuferten und den diesen ähnlichen Leuten, welche Ausschreitungen gegen den Patriotismus begehen, Anregung?

Fürwahr, durch die Duldung solcher Taten, die des Namens eines Polen unwürdig sind, stoßen wir uns selbst in den Abgrund der deutschen Finsternis. O, ein trauriges Ende wartet unser!

Aus Nr. 198 des Lech (Gnesen)
vom 2. September 1903:

Ein ungeheurer Groll macht sich sowohl unter den Lehrern in der Stadt als auch unter denen in der Provinz bemerkbar — und das auf Grund des auf die polnisch-katholischen Lehrer ausgeübten Druckes,

daß sie ihre polnischen Namen in deutsche umgeändert haben. Diese Entrüstung kennt keine Grenzen, auch die rechtschaffeneren deutsch-protestantischen Pädagogen teilen dieselbe und sagen, daß die Regierung durch solche Mittel die Polen niemals für sich gewinnen werde, am allerwenigsten aber die Lehrer. Es wäre besser — sagen sie — wenn man den polnischen Lehrern ihre Namen belassen und sich bemühen wollte, dieselben zu guten deutschen Beamten zu machen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 196 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 30. August 1903:

Die preussische Regierung gegen die Ausländer.

Die preussische Regierung wird dem Landtag in der kommenden Session das Projekt eines neuen Fideikommissgesetzes vorlegen, nach welchem Ausländer vom Besitz von Fideikommissen in Preußen ausgeschlossen werden. Wenn also ein Fideikommiss vakant wird, so wird dem ausländischen Erben ein Termin zum Erwerben des deutschen Bürgerrechts bestimmt; wenn er es in der festgesetzten Zeit nicht erwirbt, so wird er von dem Besitz des Fideikommisses ausgeschlossen. Der Entwurf dieses Gesetzes, welches rückwirkende Kraft erhalten soll, enthält eine ernste Gefahr für die fremden Untertanen, welche ein Anrecht auf preussischen Fideikommissbesitz haben.

Angesichts dessen ist, wie der Krakauer Czasa berichtet, seitens einiger österreichischer Untertanen, welche Fideikommissgüter in Preußen besitzen, eine Aktion ins Werk gesetzt worden zwecks Bekämpfung obigen Gesetzentwurfs, welcher den Grundätzen des internationalen Rechts zuwiderläuft. Der juristische Vertreter der Interessierten, der Vorsitzende der mährischen Anwaltskammer in Krakau, Professor Dr. Rosenblatt, gibt bekannt, man solle interessierte Personen in Galizien auf obige Gefahr aufmerksam machen und sie bewegen, obiger Aktion im gemeinsamen Interesse beizutreten.

Aus Nr. 203 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 5. September 1903:

Das polnische Wahlkomitee für das deutsche Reich.

Das Provinzial-Wahlkomitee für das Großherzogtum Posen, welches sich sovieler Jahre hindurch der Schaffung einer Zentralwahlbehörde für das ganze deutsche Reich widersetzt hat, welche s. B. dem Projekt, eine gemeinsame Wahlorganisation mit Westpreußen zu schaffen, widerstrebte, hat es jetzt unverhofft in die Hand genommen, ein polnisches Wahlkomitee für das Deutsche Reich zu schaffen.

Was hat wohl eine so plötzliche Entscheidung herbeigeführt?

Die Antwort auf diese Frage findet sich einigermaßen in den für die projektierte Organisation vorbereiteten Sitzungen. Da es nicht angeht, in einer so wichtigen Angelegenheit die Entscheidung einem zu engen Kreis von Personen zu überlassen, da es ferner nicht angängig ist, die Wähler, welche weder den Komitees angehören, noch Delegierte sind, der Stimme zu berauben, und da auch der Presse die Möglichkeit geboten sein muß, ihre Ansicht zu äußern, ehe die entscheidenden Faktoren die endgültige Ent-

scheidung treffen, erachten wir es als unsere Pflicht, hiermit den Text des einschlägigen Dokuments zu veröffentlichen. Es hat nachstehenden Wortlaut:

Entwurf des Statuts des polnischen Wahlkomitees für das Deutsche Reich.

§ 1. Das polnische Wahlkomitee für das Deutsche Reich ist die höchste Wahlbehörde für alle Polen, welche die einzelnen, im Bereich des Deutschen Reichs bestehenden polnischen Wahlbehörden anerkennen.

§ 2. Sitz des „W. f. d. D. R.“ ist Posen.

§ 3. Die obersten Behörden der bestehenden polnischen Wahlorganisationen, also 1. das Wahlkomitee für das Großherzogtum Posen, 2. das Provinzialwahlkomitee für Westpreußen und Ermland, 3. der Vorstand des polnischen Wahlvereins in Schlesien, 4. das polnische Wahlkomitee für Berlin und Umgegend, 5. das polnische Wahlkomitee für Westfalen und Rheinland wählen aus ihrer Mitte die Mitglieder des polnischen Wahlkomitees für das Deutsche Reich.

§ 4. Das „p. W. f. d. D. R.“ setzt sich aus 11 Mitgliedern und ebensoviel Vertretern zusammen, von denen das Posener Provinzialkomitee 4, das Wahlkomitee für Westpreußen und Ermland 3, der Vorstand des polnischen Wahlvereins für Schlesien 2 und die obersten Wahlbehörden von Berlin und von Westfalen-Rheinland je 1 wählen.

§ 5. Die Wahl der Mitglieder des „p. W. f. d. D. R.“ wird alle 5 Jahre nach der Wahl der genannten obersten Wahlbehörden spätestens aber im März des ersten Jahres jedes Quinquenniums vollzogen.

§ 6. Die Mitglieder des „p. W. f. d. D. R.“ wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und dessen Vertreter, den Schriftführer und den Schatzmeister.

§ 7. Die Mitglieder des „p. W. f. d. D. R.“ versammeln sich auf die Aufforderung des Vorsitzenden hin. Der Vorsitzende ist verpflichtet, eine Versammlung einzuberufen, wenn 5 Mitglieder es fordern. Sieben anwesende Mitglieder bilden ein komplettes Komitee.

§ 8. Auswärtigen Mitgliedern werden die Reisekosten erstattet.

§ 9. Die Ausgaben des „p. W. f. d. D. R.“ werden gedeckt von den einzelnen Wahlorganisationen im Verhältnis zu der Zahl der im „W. f. d. D. R.“ sitzenden Mitglieder, also Posen vier Elftel, Westpreußen drei Elftel, Schlesien zwei Elftel, Berlin und Westfalen-Rheinland je ein Elftel.

§ 10. Zur Tätigkeit des „p. W. f. d. D. R.“ gehört: 1. die Bestimmung der Wahlkreise, in denen Polen als Kandidaten aufgestellt werden sollen, vor jeder Reichs- und Landtagswahl; 2. das Schließen von Kompromissen mit anderen Parteien; 3. die Erledigung von Streitigkeiten, die zwischen den Wahlbehörden und den Wählern etwa eintreten, in letzter Instanz.

§ 11. Die Beschlüsse des „p. W. f. d. D. R.“ werden mit Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt und sie sind unwiderruflich. Pflicht der einzelnen, dem „W. f. d. D. R.“ angehörenden Organisationen ist es, über die Ausführung der Beschlüsse zu wachen.

§ 12. Seine Beschlüsse veröffentlicht das „p. W. f. d. D. R.“ in den öffentlichen Blättern; mit den einzelnen Wahlorganisationen aber tritt es durch Vermittelung der obersten Behörden in Verkehr.

§ 13. Neu entstehende polnische Wahlorganisationen haben das Recht, in das „p. W. f. d. D. R.“ einzutreten.

Mit diesem Entwurf der Satzungen des polnischen Wahlkomitees für das Deutsche Reich können

weder Westpreußen, noch Schlesien, noch die Polen in der Fremde einverstanden sein, und wir hoffen, daß auch die Delegierten aus dem Großherzogtum Posen ihn nicht bestätigen werden. Dies Projekt beraubt nämlich ganze Landesteile des wichtigsten Rechts, d. i. des Rechts der Entscheidung darüber, wo sie nationale Kandidaten aufstellen wollen und des Rechts, denjenigen Parteien, mit denen sie Kompromisse schließen wollen, die Bedingungen zu diktieren. Als Entgelt dafür wird den ihrer Rechte beraubten einzelnen Landesteilen als einziger Vorteil die Beilegung der etwa zwischen Wahlbehörden und Wählern ausbrechenden Streitigkeiten angeboten. Jeder wird zugeben, daß das sehr wenig ist, besonders angesichts der Unsicherheit, ob die Wähler, welche mit der von ihnen selbst gewählten Wahlbehörde in Zwist gerieten, bereit sein werden, sich dem Urteil einer weiteren Institution zu unterwerfen. Unseres Erachtens wird eine für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches bestimmte Wahlorganisation nur dann Existenzberechtigung haben und allgemein Anerkennung finden, wenn sie 1. den Grundsatz annehmen wird, daß die Polen im ganzen Deutschen Reich bei der Hauptwahl nur für einen Polen zu stimmen haben, 2. wenn über die Abschließung von Kompromissen für den zweiten Wahlgang die Wähler selbst entscheiden werden, bezw. die Wahlbehörden der einschlägigen Provinz, was nicht ausschließt, daß die höchste Behörde die Abschließung eines ungeeigneten oder mit dem Interesse der Allgemeinheit unverträglichen Kompromisses verhindern kann, 3. wenn die höchste Behörde berufen werden wird zur aktiven Wahlaktion durch Unterstützung nationaler Kandidaten überall dort, wo es eine polnische Agitation nicht gibt oder wo sie zu schwach ist, 4. wenn durch bescheidene Besteuerung der Allgemeinheit der Wähler eine Zentral-Wahlkasse entstehen wird zwecks Verrückung der Wahlagitationskosten überall da, wo das Volk wenig angewandt ist und wo es an Leuten und an Geld für die Wahlagitation mangelt.“

In der gleichen Angelegenheit schreibt der

Dziennik Poznański (Posen) in Nr. 203

vom 6. September 1903:

„Das Zentralwahlkomitee für ganz Deutschland ist eine Sache, über die man sehr viel und schön deklamieren und schöne Projekte schmieden kann — ob sie zu unsern intellektuellen und finanziellen Kräften passen, daran denkt im Moment der Begeisterung niemand. Im Grunde genommen handelt es sich jedoch um nichts anderes, als um die völlige Kastration dieses Komitees durch Hineinbeförderung einseitiger Elemente. In einem solchen für ganz Deutschland berechneten Komitee sollten, sei es wie es wolle, nur geographische Individuen mitzurechnen haben, welche in der Tat Abgeordnete wählen, nicht Wahlkreise, welche ausschließlich auf Kandidaturen angewiesen sind. Solcher Wahlkreise haben wir einige, und ihre Vertreter würden im Komitee das majorisierende radikale parteiisch getriebene Element bilden. Die in der Heimat schwer arbeitende Wählerschaft würde den Phantasien dieser durch die Fehler des Emigrantentums angesteckten Faktoren preisgegeben.“

Auch der Dziennik ist der Ansicht, daß in dem zu gründenden Komitee nur Posen, Westpreußen und Schlesien mitreden dürfen. Alles was sich vom Mutterstamm losgerissen habe, sollte gehorchen, nicht anordnen. Die Heimat sei schlecht gefahren, als das Emigrantentum mit ihr hieltete. Etwas ähnliches scheine im Anzuge zu sein.

Aus Nr. 199 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 1. September 1903:

Pfarrer Dr. Liß schreibt uns:

Nebenbei mache ich noch auf die Berliner Zentrumsleute aufmerksam. Die Köln. Volksztg., der Kurier Posen, das Wiener Fremdenblatt verurteilen mit Recht das Auftreten des Kardinals Wuzyna bei der Wahl des heiligen Vaters, doch die Berliner Germania schweigt davon, als wäre sie dazu verdammt.

Dagegen schreibt sie breit vom Grafen Zedlitz-Trützschler, denn dieser geht, wie er selbst sagt, als Oberpräsident nach Schlesien zu einem schweren Kampfe (aktiven oder passiven?).

Als Graf Zedlitz nach dem Fall des Schulgesetzes zurücktrat und die ganze Welt ihn bewunderte, hatte ich damals Gelegenheit, über diesen Herrn mit einem der preussischen Bischöfe zu sprechen. Jener Bischof, der den Herrn Grafen durch und durch kannte, charakterisierte ihn abfällig.

Das nebenher, und nunmehr wende ich mich an die preussische Regierung selbst.

Der verstorbene Herr v. Götzer sagte einst von mir, ich sei ein gefährlicher Mensch, und als ich zum ersten und letzten Male mit Herrn v. Götzer in Löbau zusammentraf, da entglitt ihm seine Hand aus der meinen, — so groß war die Freude oder die Bewunderung.

Noch etwas Schlimmeres begegnete mir in Marienburg kurz nach der bekannten Kaiserrede. Ein gewisser höherer Beamter flüchtete geradezu vor mir aus dem Wagenabteil, in dem wir uns beide zusammengefunden hatten, in einen anderen überfüllten.

Um Vergebung, ihr Herren! Ich bin weder so schön, daß ich jemand bezauberte, noch wiederum so häßlich, daß sich jemand vor mir zu fürchten brauchte. Wenn Herr Kreiskauinspektor Petersen über mich geklagt hat, so ist das wohl seine Schuld, denn es mögen die Herren Offiziere, welche einigemal bei mir im Quartier gelegen haben, sagen, ob es ihnen in dem Rumianer Pfarrhause übel ergangen ist! Ein gefährlicher oder ein rachsüchtiger Mensch bin ich nicht. Denn wäre ich es, dann hätte ich gleich nach Veröffentlichung des Hirtenbriefes des Kardinals Kopp die berüchtigte Baderborner „Erklärung“ vor den Wahlen veröffentlicht, und das wäre eine Muße gewesen, die sich gewaschen hätte. Erst nach den Wahlen also habe ich jene Erklärung veröffentlicht und ich verteidige die polnische Nationalität, — denn wenn das ein Gewand ist, so steht es auch frei, die Kleider aufs Äußerste, jedoch mit Würde zu verteidigen.

Man sagt mir, man habe mich vor Jahresfrist als Professor ans Seminar berufen wollen, doch ließ man die Absicht fallen, als man den Herrn Erzhirten darauf aufmerksam machte, daß meine Vokation eine Herausforderung der Regierung wäre.

Gott sei Dank, daß es so gekommen ist, denn ein alter Besen taugt nichts. Ich fühle in mir auch keinen Beruf zum Professor, da ich sehe, wie die Deutschen, die doch angeblich zu allem zu gebrauchen sind, sich die Zähne ausbeissen und den Hals brechen und in Bitterkeit das Herrenbrot essen.

In Rumian ist mir wohl, und wenn ich mich um drei andere Stellen beworben habe, so tat ich das nur, um es auf einer kleineren Propstei leichter zu haben. Doch obgleich mir hier wohl ist, so kann ich weiterhin Propst in Rumian bleiben oder auch nicht. Die Knie zu beugen, fällt mir schwer, und wenn es nötig sein wird, werde ich freiwillig verzichten.

Schwer begreiflich ist es für mich, wie meine Person eine Provokation der Regierung sein kann? Wäre ich Redakteur oder Gründer einer neuen Zeitung geworden, was keineswegs zu den Unmöglichkeiten gehört, was würde die Regierung dann dazu sagen?

Mehr väterliches Herz, ihr Herren, und weniger Fiskalität! In einem Tropfen Honig fangen sich mehr Fliegen, als in einem Faß Essig.

Ich meine, alle ins Werk gesetzten Germanisierungsmittel sind ein Kampf gegen Windmühlen. Nichts schlägt ein, — die Domänenpächter werden bankrott, die Kolonisten werden an den Bettelstab kommen, — die Polen aber mehrten sich und gelangen zu Wohlstand.

Ich wollte heut schließen, doch ist es schwer, mit einem Male alles zu sagen, darum werde ich noch ein drittes Wort hinzufügen.

Aus Nr. 107 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 5. September 1903:

Wie die weltlichen Behörden der geistlichen Behörde hindernd in den Weg treten.

Als das General-Bisariat in Pielplin zwecks Herausgabe des Diözesan-Schematismus, d. i. der verschiedenen, die Diözese betreffenden Nachweisungen, von den Präpiten die einschlägigen Mitteilungen verlangte, und ich die hiesigen Lehrer um die Zahl der katholischen Kinder fragte, antworteten sie mir, der Kreisschulinspektor Kieźner habe schon in der Konferenz von der Absicht des bischöflichen Bisariats, einen Schematismus herauszugeben, Mitteilung gemacht und unter Strafandrohung verboten, etwas aus der Schule zu verraten. So habe es die Regierung angeordnet.

Das muß wohl noch nicht hingereicht haben, darum hat man eine neues Verbot nicht nur an die Lehrer, sondern auch an den Schulvorstand erlassen. Das Schreiben lautet:

Königliche Kreisinspektion I J. N. 2982.

Schweż, den 26. August 1903.

An die Herren Lehrer
und sämtliche Herren Schulvorsteher in X.

Die Herren Lehrer und Schulvorsteher werden erneut darauf hingewiesen, daß sie nicht befugt sind, Anfragen über innere oder äußere Verhältnisse der Schule, welche von anderer Seite als von der vorgesetzten Dienstbehörde mündlich oder schriftlich an sie gerichtet werden, zu beantworten.

Diese Verfügung ist zu unterschreiben und mir zurückzugeben.

Der Königliche Schulrat
Kieźner.

Ks. X.

Aus Nr. 107 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 5. September 1903:

Der Neustädter „Kupiec“.

Der verflossene sowie der laufende Monat gehören im kaufmännischen Betriebe zur sogenannten „stillen Zeit“. Die emsige Feldarbeit beschäftigt auf dem Dorfe alle Leute; schließlich macht sich der Geldmangel in dieser Zeit am meisten bemerkbar.

Im Kupiec konnte man eigentlich über eine flaue Saison nicht klagen; der Absatz war kein so träger wie in anderen Geschäften, und der Herr Kupiec hat fürwahr nicht an Abzehrung gekrankt. Übrigens naht eine lebhaftere Zeit, die lebhafteste des ganzen Jahres; es wird auch im Kupiec geräuschvoll und heiter zugehen.

Unser Volk, für welches diese Genossenschaft vor allen Dingen gegründet worden ist, überzeugt sich immer mehr vor den eigenen Vorteilen.

Gar schwer sündigen an sich selbst und an anderen diejenigen, welche — als wüßten sie nicht, daß es in Neustadt ein Kaufhaus gibt, wie Alpe in der Hölle nach den Geschäften der verbittertsten Feinde unseres heiligen Glaubens und unserer Nationalität ziehen, um für teures Geld wahren „Schund“ zu kaufen. Nun, solch „Dumme“ wird es auch noch nach hundert Jahren geben. Blase ihnen mit Engelsposaunen entgegen, Du wirst Dir eher die Zunge ausblasen, ehe Du sie zur Überzeugung bringst.

Diejenigen, die den Kupiec meiden und die verhassten Feinde der Kirche bereichern, fehlen zwar schwer, doch das sind noch nicht die Schlimmsten, denn „sie wissen nicht, was sie tun“. Bei weitem schlimmer sind die wahrhaften Verräter des Kupiec. Sie kommen — denn man hat sie geschickt — und kaufen irgend eine Kleinigkeit, oder sie sind Mitglieder und gehen zum Feinde des Kupiec und der Kirche mit der wahrhaft judashaften Nachricht: Der Kupiec verkauft auch an Nichtmitglieder. — Sofort wird natürlich Klage bei der Polizei geführt, von da aus geht dieselbe ans Gericht, ein Zeuge schwört usw. In der vergangenen Woche hatte der Kupiec zwei solch traurige und gemeine Fälle zu verzeichnen.

Unsere Konkurrenz hält an den Straßenecken die Leute an, welche im Kupiec etwas gekauft haben und stellt fest, ob sie Mitglieder sind. Ist das nicht eine Niederträchtigkeit von seiten dieser „Bampyre“, die sich am polnischen Blute bereits gemästet haben?

Polnisches, katholisches Volk, wann wirst Du zur Einsicht kommen? Wann wirst Du Dich schließlich dieser „Blutegel“ entledigen? Gott sei's geklagt — wohl nicht eher, bis sie Dich an den Bettelstab werden gebracht haben.

Der Neustädter Kupiec trachtet danach, euch Polen — so weit und breit die Umgegend ist — zu retten, denn gerade zu diesem Zwecke ist er gegründet worden. Unterstützt ihn daher, tretet dem Kupiec als Mitglieder bei; was ihr an Schnittwaren braucht, das kauft in eurem eigenen Geschäfte, ihr erhaltet die Ware fast halb umsonst und gut. Ich schreibe das nach bestem Gewissen und aus eigener Erfahrung.

Ihr, die ihr vom Kupiec weit entfernt wohnt, schreibt — wie das schon viele tun — nach Proben. Nach den ausgesuchten Mustern sendet euch der Neustädter Kupiec Waren zu, welche den verwöhntesten Geschmack befriedigen und der neuesten Mode entsprechen. Das an und für sich so umfangreiche Lager ist heute dank dem tüchtigen Disponenten Herrn Januszewski noch bei weitem größer geworden. Für den Herbst und Winter sind bereits frische Waren in großer Menge und Verschiedenheit eingetroffen.

Machet einen Versuch; wenn ihr im Kupiec etwas gekauft haben werdet, dann werdet ihr nie wieder im Leben dahin aehen, wo es „nach Zwiebeln riecht.“

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 205 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 10. September 1903:

Das polnische Wahlkomitee für das deutsche Reich.

Es schien, als ob die Auflehnung, die früher im Posenischen grassierte, ihren ständigen Wohnsitz jetzt in Westpreußen genommen hätte. Bei den letzten Wahlen im Wahlbezirk Tuchel-Konitz gingen die Wähler nach rechts und die Wahlbehörde nach links, die rechte Seite hat gesiegt, jedoch ist durch die Auflehnung der Beweis des Vorhandenseins des Bestrebens, sich von den bestehenden Wahlvorschriften zu befreien, erbracht worden, es ist die unliebsame Tatsache: der Bruch der Solidarität, bestehen geblieben.

Das Fehlen eines höheren Führers, der sich mit seinen Anordnungen hinreichendes Gehör verschaffen könnte, hat bei den diesjährigen Wahlen auch unter den Polen im Westen eine Verwirrung hervorgerufen. Dort hat die polnische Wahlbehörde im Einverständnis mit dem überwiegend größeren Teil der Wähler die Kandidatur eines Polen empfohlen, es fanden sich alsdann andere, zu denen auch einige polnische Geistliche aus dem Posenischen gehörten, die das Vertrauen der Wahlbehörde zu untergraben versuchten, indem sie zum Gehorsam gegen die Zentrumswahlbehörde rieten.

In Oberschlesien hat bisher nur eine Zeitung an der Spitze der polnischen Bewegung gestanden und alles, was ihre Redakteure und ihre Redakteurinnen empfahlen, war gut, alles andere schlecht. Sie regierte sie durch einige Jahrzehnte hindurch ganz gut, sie erlangten Ruhe, Bequemlichkeit, Zufriedenheit. . . In Kattowitz entsteht der Górnosłazak und erhebt die erste klare nationale Lösung: Oberschlesien, das ist polnische Erde, deshalb müssen die schlesischen Abgeordneten Polen sein, und als solche müssen sie der einen polnischen Repräsentation, der „polnischen Fraktion“ angehören. Wir waren Zeugen bitterer Zwistigkeiten, wir haben zugehört, wie ein Teil der Polen die nationale Lösung erhört hat, wie der andere Teil der Stimme der Zentrumsleute folgte und für diejenigen stimmte, die an unserer Entnationalisierung arbeiten.

Unser Lager ist voll von Feindseligkeit, Zwistigkeit, Auflehnung. Niemals ist auch mehr die Notwendigkeit einer polnischen Wahlbehörde für ganz Deutschland, die der Zuchtlosigkeit ein Ende bereitet hätte, empfunden worden. Jedoch scheint es, als ob noch nach einhundertdreißig Jahren nach der ersten Teilung Polens in einem Teil unserer Gesamtheit die Überzeugung steckt, daß Polen aus Zuchtlosigkeit besteht. Denn als berufene Männer daran gehen wollen, die edle Absicht zur Tat zu machen, erhebt sich die Gazeta Torunska, die voll von unbegründeten Vorwürfen hinsichtlich der vorgeschlagenen Statuten ist, die der obersten Wahlbehörde und allen Polen in Preußen eine Verpflichtung auferlegen. Die Gazeta Torunska spielt sich als unberufener Vormund für den preußischen Anteil auf und behauptet in dessen Namen, daß mit den vorgeschlagenen Statuten keiner der polnischen Landesteile und auch der Westen nicht einverstanden sein können.

Was Oberschlesien anlangt, so können wir der Gazeta Torunska versichern, daß wir unter uns solche unklugen Elemente nicht haben, die den vorgeschlagenen Statuten nicht geneigt wären. Im

Gegenteil, wir empfinden die Notwendigkeit einer obersten Wahlbehörde, gegenwärtig kommt es uns darauf an, daß diese oberste Wahlbehörde um jeden Preis ins Leben gerufen wird. Eine Diskussion hierüber in der Presse in der Form der Gazeta Torunska halten wir für das erstrebte große Unternehmen als sehr schädlich und für unklug. Wir streben eine machtvolle Wahlbehörde mit den weitgehendsten Rechten an, deshalb sind wir der Meinung, daß die vorgeschlagenen Statuten für das polnische Wahlkomitee für das Deutsche Reich diesem Komitee noch zu wenig Rechte gewähren und nicht, wie die Gazeta Torunska behauptet, zu viel Rechte. Wir behaupten ferner, daß die vorherigen Diskussionen der Sache schaden können und haben daher, trotzdem die Statuten dem Komitee zu wenig Rechte gewähren, den Vorschlag mit der besten Hoffnung angenommen.

In erster Linie handelt es sich nur um die Sache selbst, die Art ihrer Durchführung überlassen wir gänzlich den zu dieser Tätigkeit berufenen Männern.

Geben wir uns der Hoffnung hin, daß die Stimme der Gazeta Torunska ohne Echo verflingt, daß sie die Sache nicht vernichten, daß sie der edlen Arbeit nicht schädlich sein wird!

Der Versammlung der Delegierten am 10. September d. J. in Posen senden wir aus der Tiefe des Herzens unsere Glückwünsche, auf daß seine Beratungen mit dem gewünschten Erfolge gekrönt werden.

Aus Nr. 154 des Głos Śląski (Gleiwitz)

vom 4. September 1903:

Die Bismarcktürme in Schlesien.

Während der sonntäglichen Feier der Deutschen in Kattowitz, die sich dort ein Bismarckdenkmal errichtet haben, hielt auch der Ober-Regierungsrat Jürgensen eine Rede.

Zum Schluß sagte er ungefähr folgendes:

„Es dürfte im Industriebezirke in Schlesien kein Dorf, keine Stadt ohne Bismarckturm geben. Den Kattowitzer Bürgern wird diese große Wertschätzung zu teil, daß sie als erste nach dieser Richtung hin ein Beispiel gegeben haben, und dafür müssen wir ihnen danken. Im Namen der Regierung habe ich den Herren den Dank auszusprechen. Diejenigen Herren, welche zu diesem Werke mit Hand angelegt haben, sie leben hoch!“

Das hat ein hoher Regierungsbeamter gesagt, der den Deutschen in Kattowitz den Dank der Regierung dafür ausgesprochen hat, daß sie sich einen Bismarckturm errichtet haben.

Ein Besitzer in Westpreußen hat in seinem Zimmer neben einem Bilde von Kosciuszko ein Bild von Bismarck hängen gehabt. Als zu diesem Besitzer in irgend einer Angelegenheit der Herr Propst kam und an der Wand neben dem Bilde Kosciuszkos das Bild Bismarcks erblickte, gab er seiner Verwunderung in folgender Frage Ausdruck: „Warum haben Sie neben Kosciuszko Bismarck aufgehängt?“ Der Besitzer gab dem Propst folgende Antwort:

„Bismarck ist mein großer Wohltäter, denn mit seiner Verfolgung der Polen hat er mich und meine Familie aus dem Schlafe geweckt und uns zum nationalen Leben zurück berufen. Wenn nicht die Verfolgung der Polen durch Bismarck gewesen wäre, wäre ich heute nicht ein solcher Pole, wie ich es tatsächlich bin. So oft ich auf Bismarck sehe, so oft denke ich an das schwere Unrecht, das unser armes polnisches

Volk ertragen muß und insollgedessen liebe ich meine Muttersprache, meine Nationalität, meine polnische Muttererde um destomehr. Ich und meine Kinder werden für alle Zeiten Polen bleiben. Und das hat Bismarck mit seiner Verfolgung der Polen geschaffen, deshalb hängt sein Bild an der Wand meines polnischen Hauses."

Als der Herr Propst diese Worte des tüchtigen polnischen Besitzers gehört hatte, drückte er ihm mit aufrichtiger Zufriedenheit die Hand.

Wenn die Deutschen in Schlesien in jeder Stadt und in jedem Dorfe einen Bismarckturm bauen wollen, so mögen sie das tun. Diese Denkmäler und Türme werden uns alle Zeit an den erinnern, der den Kulturkampf geschaffen und seine Hand gegen die Kirche Christi und ihre heiligen Rechte erhoben hat.

Es besteht in Schlesien noch große nationale Gleichgültigkeit. Es bekennen sich noch nicht alle offen zu unsrer nationalen Sache, nicht alle lehren ihren Kindern im Hause polnisch lesen und schreiben. Dafür aber gibt es viele solcher, die die polnischen Zeitungen nicht in die Hand nehmen, sondern deutsche und freimaurerische Blätter lesen. Das polnische Empfinden dieser schlummert noch oder es ist noch gleichgültig.

Mögen also die Deutschen Bismarcktürme und Denkmäler bauen und diese Türme werden, gleich wie in Westpreußen, auch bei uns in Schlesien die Schlummernden und Gleichgültigen wecken. Sie werden uns an unsre nationalen Rechte und Pflichten erinnern und uns zur nationalen Arbeit und zum nationalen Leben rufen.

Die Bismarck-Türme und Denkmäler werden uns immer vor Augen führen, daß unsere polnische Sprache aus der Schule, aus dem Gericht und bei den Behörden verdrängt worden ist und daß wir daher eine um desto größere Verpflichtung haben, die Muttersprache zu Hause am Familienherd zu pflegen.

Ihr Deutschen, baut Euch Bismarck-Türme und Denkmäler! Uns werden sie jenes Germanisations-System in Erinnerung bringen, das seit Jahren dahin strebt, uns den Grund unseres nationalen Bestehens zu untergraben. Wir wissen, daß wir in Trauer leben und uns im Mißgeschick befinden, daß das Deutschtum sich auf unserer polnischen Erde breit macht, daß uns nicht dieselbe Gleichberechtigung wie unseren deutschen Mitbürgern zu teil wird, daß der Haktismus uns nicht die Lust gönnt, daß der Haktismus darnach strebt, unsere polnische Sprache aus den Vereinen, Versammlungen wie überhaupt aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen.

Das wissen wir ganz gut, aber nicht weniger werden wir daran denken, daß der liebe Gott uns als Polen geschaffen hat, daß er uns einen Glauben, d. i. den katholischen Glauben, daß er uns eine Nationalität, d. i. unsere polnische Nationalität, gegeben hat. Diese teuersten Schätze bewahren wir in unserer Brust und in unserem Herzen. Zu unseren Herzen hat kein Germanisations-System Zutritt. Das Germanisations-System hatte und hat Mittel dafür, unsere polnische Muttersprache aus den Schulen und vor Gericht zu verdrängen, aber es hat keine Mittel dafür, sie aus unserem Herzen zu verdrängen. Unsere Herzen und unser Gewissen gehören uns und Gott und deshalb hat nur Gott allein ein Bestimmungsrecht über sie.

Mögen sich in Schlesien die Bismarck-Türme und Denkmäler erheben. Dadurch werden sie unsere polnischen Herzen nicht germanisieren, ebenso auch unsere polnische Erde nicht zur deutschen machen, denn es lebt auf ihr das polnische Volk.

Dieses Volk wird wie bisher auch fernerhin seinen Charakter, seine polnisch-nationalen Merkmale bewahren.

Mögen die Deutschen Denkmäler für Bismarck errichten, aber das polnische Volk wird doch seine Lieder in seiner polnischen Muttersprache zu Gott singen. Und so lange das polnische Lied und das polnische Gebet zu Gott emporsteigen werden, so lange wird das polnische Volk leben, so lange wird bei uns in Schlesien nicht nur die polnische Nation leben, sondern sich auch stärken und verbreiten.

Und deshalb, Deutsche, baut Bismarck-Denkmäler.

Diese werden uns und unsere Kinder an denjenigen erinnern, der die Hand gegen die Kirche Christi erhoben hat, an denjenigen, der kein Hehl daraus machte, daß er sich zu unseren Feinden zählte, an denjenigen, der sich zu einem Attentat auf unsere Muttersprache in den Schulen, vor Gericht und vor den Behörden herbeiließ, an denjenigen, der sogar noch um das Ende seines Lebens den Haktismus schuf.

Aus Nr. 45 der Straß nad Odra (Ratibor, Cofel, Rattowitz) vom 2. September 1903:

Aus dem Kreise Cofel.

Daß das heutige System der Erziehung der Kinder in der Schule kein gutes ist, beweist die nachstehende Tatsache.

Ein Mädchen hat ihrem Vater schon zweimal Geld entwendet, um dem Lehrer den Betrag für die deutsche Schrift: „Der kleine Oberchlesier“ bezahlen zu können. Jenes Mädchen wird ganz gut gewußt haben, daß sie damit eine Sünde begeht, aber die Kinder fürchten sich heute vor dem Lehrer mehr wie vor der Sünde.

Es wäre sehr wünschenswert, daß die Lehrer die Kinder, wenn sie zu irgend welchem Zweck Geld von ihnen verlangen, vorher warnen, sich ohne Einverständnis der Eltern Geld anzueignen, daß sie vielmehr vorher die Eltern darum zu bitten haben.

Schließlich muß man hinzufügen, daß die Kinder die Schrift gar nicht lesen oder aber gar nicht verstehen, was sie lesen, denn in der Schrift muß doch auch das 7. Gebot stehen: „Du sollst nicht stehlen.“ Da aber nun die Kinder doch stehlen, ist zu ersehen, daß das keine Schrift für die polnischen Kinder ist.

Eltern, kauft Euren Kindern lieber eine polnische Bibel und einen polnischen Katechismus, denn was sie dort lesen, ist für sie verständlicher und Ihr brauchet Euch um das Seelenheil Eurer Kinder nicht zu ängstigen.

Pädagog (Pseudonym).

Aus Nr. 45 der „Straß nad Odra“ (Ratibor, Cofel, Rattowitz)

vom 2. September 1903:

Aus Woszezyn bei Sohrau.

Vor kurzem sollte hier die Einweihung eines Kreuzes auf dem Grundstück des Herrn Debudaj stattfinden. Aber eines interessanten Anlasses wegen ist die Einweihung des Kreuzes bisher nicht erfolgt. Würdest du, polnisches Volk, aber vielleicht erraten, weshalb nicht? der Grund ist ein sehr einfacher. Der Herr Debudaj hat das Kreuz in der Bildhauerei des Herrn Botor in Rybnik anfertigen lassen. Weil nun Herr Botor ein Anhänger des Kowalczyk ist, hat der Herr Propst die Vornahme der Einweihung abgelehnt.

Wir fragen nun den Herrn Propst ob das wahr ist, daß das der einzige Grund zur Verweigerung dieser religiösen Cerimonie ist, weil das Kreuz bei einem polnischen Katholiken angefertigt worden ist. Auf den Ablässen gibt es doch sehr viel Bilder-Händler, von denen die Leute Bilder kaufen, um sie dann weihen zu lassen, trotzdem diese Bilder sehr oft in jüdischen Berliner Druckereien angefertigt worden sind. Hat denn hier schon jemals Jemand einen Händler gefragt, woher er seine Waren bezieht. Hier zeigen uns die Centrums-Geistlichen, wenn das wahr sein sollte, ganz klar und deutlich, daß das von Herrn Botor angefertigte Kreuz deshalb nicht geweiht worden ist, weil Herr Botor seine Stimme nicht für Faltin abgegeben hat.

Aus Nr. 202 des „Dziennik Śląski“ (Beuthen i. S.)
vom 4. September 1903:

Aus Laband haben wir die nachfolgende Mitteilung erhalten:

Wie bekannt, besteht in unser Parochie seit zwölf Jahren ein Verein der katholischen Arbeiter, der unter Leitung der Geistlichkeit steht. Der Verein hat sich günstig entwickelt und hatte immer eine größere Anzahl Freunde, die, wenn sie sich auch für Deutsche hielten, ihm doch wohl gesinnt waren, was man daraus sehen konnte, daß sie an allen Veranstaltungen und Festlichkeiten in großer Anzahl teilnahmen. Von anderer Seite muß man auch zugeben, daß der Verein ebenso eine große Anzahl Feinde hatte, die den Verein ungern sahen und sich bemühten ihm zu schaden, weil er ein polnischer Verein ist. Man hatte aber bisher keinen Anlaß dem Verein entgegen treten zu können. Jedoch was ist geschehen? Auf einmal verbreitet sich die Nachricht, daß der Verein während der letzten Wahlen zu Gunsten des Redakteurs Siemianowski agitiert habe, was aber unwahr ist. Der Verein befaßt sich ausschließlich mit der Belehrung der Mitglieder hinsichtlich religiöser Angelegenheiten und mit der Verbreitung guter Sitten, das Treiben von Politik ist gänzlich ausgeschlossen, deshalb konnte der Verein auch keine Wahl-agitation treiben, weil das eine politische Angelegenheit ist. Aber unsere Feinde nahmen die Nachricht auf und kündeten die Vernichtung des Vereins an, indem sie behaupteten, daß der Verein aufgelöst werden wird. Hierdurch ist dem Verein großes Unrecht geschehen, denn alle seine Freunde haben sich von dem Verein zurückgezogen, was sich bei dem diesjährigen Vergnügen besonders gezeigt hat, weil von den einzelnen Gästen Niemand erschienen ist. Ein Hafatist hat im „Wanderer“ unser Fest beschrieben und die Behauptung aufgestellt, daß der Verein zu dem Vergnügen den Redakteur Siemianowski eingeladen hat. Wahr ist es, daß Siemianowski auf dem Vergnügen anwesend war, aber es ist nicht wahr, daß er vom Verein eingeladen worden ist; er ist zu dem Vergnügen aus eigener Veranlassung erschienen und es konnte ihm doch Niemand den Zutritt verweigern. Durch solche und ähnliche Behauptungen fühlten sich unsere Mitglieder beleidigt, sodaß sie, und zwar die Jüngeren, in den Versammlungen nicht mehr erschienen.

Ich wende mich an Euch, Brüder, seid nicht träge, haltet an der Vereinigung fest, gehen wir in geschlossenen Reihen vorwärts, zeigen wir unseren Feinden, daß sie es nicht fertig bekommen uns unseren Geist zu brechen, daß wir uns aus unserem Verein nicht verdrängen lassen. Sollen wir denn zugeben, daß sich unser Verein auflöst? Nein! Niemals! Das wäre, liebe Brüder, Arbeiter, eine Schande für uns Alle, daß sich in einer rein polnischen Parochie nicht ein polnischer

Verein halten soll. Geben wir das nicht zu, daß unsere Feinde über uns triumphieren sollten. Sie haben unserem Verein die Vernichtung angefaßt, nun beweisen wir ihnen, daß ihre Freude eine verfrühte war. Der Verein besteht wie er bestanden hat und Gott wird geben, daß er auch noch weiter bestehen wird, aber wir müssen alle unsere Kräfte daran setzen, daß der Verein nicht in Verfall gerät. Deshalb: Brüder, vorwärts alle Mann! Möge in der nächsten Versammlung Niemand fehlen. Bemühet Euch, Brüder, neue Mitglieder für den Verein zu gewinnen, reget insbesondere die Jüngeren zum Beitritt in unseren Verein an. Auch an Euch liebe Eltern, die Ihr erwachsene Söhne habt, wenden wir uns mit der Aufforderung: Schickt Eure Söhne in den katholischen Arbeiter-Verein, dort können sie etwas Gutes lernen. In der gegenwärtigen Zeit kann man von allen Seiten Klagen über die Verwilderung der Jugend hören. Wenn Ihr Euch dereinst nicht über Euere Söhne beklagen wollt, so veranlaßt sie, daß sie unserem Verein beitreten und seid sicher, daß sie gute und brauchbare Menschen werden und daß man sich niemals über sie wird zu beklagen brauchen. Also auf zur Tat! Möge in der kommenden Versammlung unser Lokal voll von Mitgliedern und Gästen sein. Möge einer den Anderen aneifern und wir werden dadurch der guten Sache einen Dienst erweisen.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 203 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 5. September 1903:

Vergessene Polen.

Die im Vergleich mit dem Resultate der Reichstagswahlen vom Jahre 1898 bedeutend herabgesunkene Zahl der polnischen Stimmen, welche am 16. Juni d. Js. im preussischen Masowien abgegeben worden sind, hat den dortigen Verhältnissen wiederum eine größere Aufmerksamkeit zugewendet. Die Gazeta Polska in Warschau hat der polnischen Allgemeinheit die Pflicht in Erinnerung gebracht, sich mit den dortigen polnischen Kreisen durch die Gründung einer neuen polnisch-protestantischen Zeitung an stelle der vor einigen Jahren mangels genügender Unterstützung eingegangenen Gazeta Ludowa lebhafter zu befassen.

Dieser Gedanke fand in patriotischen und opferwilligen Kreisen Anklang, und es ist Hoffnung vorhanden, daß daselbst wiederum eine neue Zeitung entstehen wird, die unsere Brüder Masowen vor der Germanisierung, die sich durch Vermittelung der im Dienste des germanisatorischen Systems stehenden Schule und Geistlichkeit durch Fenster und Türen in ihre Hütten einschleicht, schützen wird.

Es gibt aber auch noch einen Teil des evangelisch-polnischen Volkes, welcher bei unserer Allgemeinheit fast völlig in Vergessenheit geraten ist.

Wir bringen hierdurch das Dasein desselben den berufenen Faktoren in Erinnerung in der Hoffnung, daß sie auch dieser zur Vernichtung bestimmten Brüder mehr als bisher gedenken möchten.

Wir haben hier die in dem südlichen Teile des Großherzogtums Posen, in den Kreisen Abelnau, Ostrowo und Kempen wohnenden evangelischen Polen im Sinne.

Die Zahl derselben geht in erschreckender Weise zurück.

Nach der Volkszählung vom Jahre 1890 waren in diesen drei Kreisen insgesamt 9653 evangelische Polen vorhanden, und zwar im Kreise Abelnau 4081, im Kreise Ostrowo 4464 und im Kreise Kempen 1350.

Die Resultate der Volkszählung vom 1. Dezember 1900, bei welcher die Muttersprache Berücksichtigung gefunden, sind durch das kaiserlich-statistische Amt kurz vor den diesjährigen Reichstagswahlen veröffentlicht worden.

In den durch uns unternommenen statistischen Arbeiten, welche sich auf diese wichtige amtliche Publikation stützen und die wir der Reihe nach bekannt geben werden, haben wir auch darauf Bedacht genommen, auf Grund des amtlichen Materials der letzten Volkszählung die Zahl der evangelischen Polen im Großherzogtum festzustellen und wir sind nach eingehenden Berechnungen zu dem nachstehenden traurigen Resultate gekommen.

Die Zahl der polnischen Protestanten in den Kreisen Adelnau, Ostrowo und Kempen beträgt 5979, und zwar im Kreise Adelnau 2562 (im Jahre 1890 4081), im Kreise Ostrowo 3290 (1890 = 4464), im Kreise Kempen 127 (1890 = 1350).

Wir haben somit in einem Zeitraume von zehn Jahren einen Rückgang an polnischen Protestanten von 3674 Seelen zu verzeichnen.

So gehen denn unserer Gesamtheit in den polnischen Kreisen des Großherzogtums unter den Augen unserer Wahlbehörden tausende polnischer Seelen verloren deswegen, weil sich mit den evangelischen Polen nur selten Jemand von uns befaßt.

Die Verschiedenheit ihres Glaubens sollte doch in den heutigen Zeiten die polnische Allgemeinheit nicht davon abhalten, sich diesen unseren Landsleuten, welche von den evangelischen Pastoren auf nationale Abwege gelenkt werden, zu nähern.

Aus Nr. 23 des „Robotnik Polski“ (Bochum)
vom 4. September 1903:

M i s b u r g.

Der St. Adalbert-Verein hielt am 5. Juli seine halbjährliche Generalversammlung ab. Im ersten Halbjahr hatte der Verein 36 neue Mitglieder, gegenwärtig beträgt die Zahl der Mitglieder 168. Die Einnahmen betrugen 490,50 Mk. die Ausgaben 363,03 Mk., es verblieben in der Kasse 127,47 Mk. Kranke Mitglieder erhielten in dieser Zeit an Unterstützung 77,50 Mk., d. h. in 13 Fällen, für einen Todesfall sind 39,75 Mk. gezahlt worden. Der Rest der Ausgaben ist zur Deckung von Unkosten für Vergnügungen, für die Vergrößerung der Bibliothek und das Abonnieren von Zeitungen entstanden. Die Versammlungen finden regelmäßig an jedem zweiten Sonntag im Oppenborn'schen Saale statt. Diejenigen Landsleute, welche noch keinem Verein angehören und in diese Gegend kommen, bitten wir, unserem Verein beizutreten. Sämtliche Briefe, welche den Verein betreffen, wolle man an den Vorsitzenden oder an den Schriftführer adressieren.

M. Szydlowski, Vorsitzender.

M. Maciejewski, Schriftführer.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 70 der „Gazeta Robotnicza“ (Kattowitz)
vom 2. September 1903:

Die schlesischen Kriegervereine bemühen sich die Sozialdemokraten los zu werden. In Schlesien sind die Kriegervereine sehr verbreitet. Trotzdem hat die Sozialdemokratie bei den Wahlen zahlreiche Stimmen erlangt. Die Vorstände der Kriegervereine befragen

die Mitglieder, wer für einen Sozialdemokraten gestimmt hat. In einem kleinen schlesischen Städtchen hat das Ergebnis der Wahlen bewiesen, daß eine stattliche Anzahl der Kriegervereinsmitglieder für den Sozialdemokraten gestimmt hat. Es wurde daher der ganze Verein zum Appell zusammen berufen. Als dann ging der Vorsitzende von Mitglied zu Mitglied und fragte, wem die Mitglieder ihre Stimme gegeben haben. „Kräßig,“ „Kräßig“ lautete die Antwort. Kräßig ist der Name des sozialdemokratischen Kandidaten. Als dann wurden alle diejenigen aus dem Kriegerverein entfernt, die zugegeben hatten, daß sie „Kräßig“ gewählt haben. Es wurde sogar ein 90-jähriger Greis aus dem Verein entfernt, der ihm schon seit 50 Jahren angehört hatte. Die ausgestoßenen Mitglieder erleiden erhebliche Verluste, weil sie seit vielen Jahren zu verschiedenen Klassen des Vereins Beiträge gezahlt haben. Mögen diese Vorkommnisse für uns eine Belehrung sein. Arbeiter! Tretet den Kriegervereinen nicht bei!

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 368 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 9. August 1903:

Die Ruthenen und die deutschen Kolonisten in Ostgalizien.

In Galizien, besonders aber in den östlichen Gebieten dieses Landes, wohnen gegen 200 000 deutsche Kolonisten, die — wie bekannt — zur Zeit Kaiser Joseph II. aus Preußen und Württemberg eingewandert sind und sich in dem fruchtbarsten Teile des Landes niedergelassen haben. Viele dieser Kolonisten, namentlich die Katholiken, sind vollständig polonisiert. Andere dagegen leben mit den Polen in Unfrieden, besonders seit den Breschener Vorgängen und seit der Marienburger Rede, und in den gegenseitigen Verhältnissen läßt sich eine fortwährend steigende Abneigung erkennen. Die deutschen Kolonisten vereinigen sich heute zum Schaden der Polen mit den Ruthenen, die Folgen hieraus waren schon bei den letzten Wahlen zu erkennen. Schon seit Jahren begann unter ihnen die Auswanderung, besonders stark war sie in den neunziger Jahren. Die Kolonisten wandern nur zu einem kleinen Teile nach Preußen und besonders nach dem Posen'schen aus; sie begeben sich vor allem nach Kanada, nach der Bukowina und nach Schlesien; in den letzten Jahren macht sich namentlich eine starke Strömung nach Bosnien bemerkbar. Übrigens sind in Deutschland die Preise bei weitem niedriger und das Land ist besser als im Posen'schen und in Westpreußen, die Bedingungen dagegen sind dieselben.

Es ist uns gleichgültig, wohin sie auswandern, wenn sie nur von hier fortgehen, wo sie eine so zweideutige und für uns ungünstige Rolle gespielt haben.

Vor allem sollte uns daran gelegen sein, das von den Deutschen eingenommene Land wiederzugewinnen, und wir sollten dafür sorgen, daß es nicht wieder in die Hände der Ruthenen komme. Zu diesem Ziele führt aber eine kräftig und einheitlich organisierte Besiedelung dieser Gegenden mit Polen.

Aus Westgalizien, aus Westpreußen und selbst aus dem Posen'schen wandern jährlich Tausende von Masuren aus, ein Volk, welches mit Rücksicht auf seine Energie, seinen Unternehmungsgeist und seine Intelligenz besondere Beachtung verdient. Im östlichen Teile des Landes fehlt es gerade an solchen Leuten.

Bisher sind jedoch sämtliche von den Deutschen verlassenen Besitzungen regelmäßig von Ruthenen eingenommen worden. Die ruthenischen Geistlichen besitzen eine ausgezeichnet organisierte Spionierpolizei, und wo nur ein Deutscher seinen Besitz verkauft, tritt auch schon ein Ruthene an seine Stelle. Schließlich muß auch in Betracht gezogen werden, daß die Ruthenen in den letzten Jahren materielle Hilfe von Rußland bekommen.

Jetzt gerade ist der Augenblick gekommen, in welchem die Bank parcelacyjny (Parzellierungsbank) ihre patriotische Pflicht, so weit sie es im Stande ist, erfüllen kann, jetzt gerade ist es Pflicht eines jeden Polen, bei den Ankäufen und der Parzellierung so intensiv tätig zu sein, wie es die ruthenischen Geistlichen sind.

Aus Heft Nr. 7

des „Przegląd Wszechpolski“ (Kraśau)

vom Juli 1903:

Unser Standpunkt zu Deutschland und Rußland.

Das Erscheinen unserer Partei auf dem Schauplatz und der durch sie gewonnene größere Einfluß haben in der allgemein-nationalen Politik eine bedeutungsvolle Veränderung nach sich gezogen. Die russophile Propaganda wurde unterdrückt und die Entwicklung dieser Bewegung aufgehalten, welche der uns von seiten der Deutschen drohenden Gefahr sich bewußt, Hilfe in der slavischen Solidarität und in der Gewinnung von Rußlands Freundschaft suchte.

Solange die Einflüsse schwankten, solange wir alle unsere Kräfte zur Bekämpfung der schädlichen Arbeit verwenden mußten, konnte nicht die Rede davon sein, unser Verhältnis zu den beiden Teilungsmächten ruhig zu prüfen und der Allgemeinheit darzulegen, wie wir nach dieser Richtung hin unsere Aufgaben in der weiteren Zukunft auffassen. Die Leidenschaften waren zu sehr aufgeregte, die innersten Nationalgefühle waren zu sehr gereizt, als daß eine nüchterne, gänzlich urteilsfreie Beurteilung der ganzen, nicht so einfachen Sache, wie es schien, hätte Gehör finden können. Nachdem heute der Kampf nachgelassen hat, da der Sieg auf unserer Seite ist und wir keinen Grund zu Besorgnissen haben, es könnte sich in naher Zeit die Waagschale auf die andere Seite neigen, ist es unsere Pflicht, die Angelegenheit möglichst genau zu beleuchten, damit diejenigen, welche im guten Glauben auf jener Seite gestanden, unseren Standpunkt verstehen könnten, und damit andererseits diejenigen, welche zu uns hielten, vor der Verblendung verschont blieben, welche, wiewohl sie sich der Ungeheuerlichkeit, den Schutz Rußlands zu suchen, bewußt ist, die deutsche Gefahr gar nicht anerkennt oder die Größe ihres Umfangs vermindert. Denn wenn Russenfreundlichkeit Absehen erregend und unbestreitbar schädlich ist, so wäre ebenso eine blinde Russenfurcht dieser Art nicht minder schädlich.

Sogar unter denen, welche im Kampfe gegen die Russenfreundlichkeit auf unserer Seite gestanden und welche uns mehr oder weniger unterstützt haben, sind viele der Überzeugung, daß es uns ausschließlich um die Stärkung des Widerstandes der Volksgesamtheit gegen Rußland, um die Sicherstellung des Hauptgebietes der polnischen Länder vor der Russifikation, selbst vielleicht auf Kosten gewisser Verluste auf der westlichen Front zu tun war. Zweifellos denkt auch mancher, daß wir in der durch russische oder slavische Sympathieen genährten Germanophobie einzig und allein eine erfolgreiche Propaganda gesehen haben, welche von versöhn-

lichen Warschau-Petersburger Elementen betrieben wurde. Indessen ist weder das eine noch das andere wahr, obgleich es während der heißen Zeitungsfehde in dieser Sache diesen Schein hätte erwecken können.

Vor allen Dingen muß man sich darüber klar werden, was eigentlich deutsche Gefahr ist.

Sie ist ohne Zweifel größer, als unsere Gesamtheit glaubt, sogar größer als viele von denen meinen, welche sich aus Furcht vor ihr in die Arme Rußlands werfen wollten. Seit einer Reihe von Jahren vernehmen wir auf deutscher Seite Stimmen, welche über die Fortschritte des Polentums, über den zahlreichen Zuwachs unserer Bevölkerung, über unsere wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge, über die Fortschritte unserer national-politischen Bewegung jammern. Diese Stimmen erfüllen uns mit Freude, weil sie ein von den Feinden selbst über unseren Wert ausgestelltes Zeugnis sind und in uns die Überzeugung erwecken, daß unsere Sache im preußischen Landesteil gut steht. Man darf allerdings darin nicht allzu weit gehen, dies alles nicht als bare Münze hinnehmen. Das deutsche Volk ist vernünftig und praktisch genug, um zu verstehen, daß Pessimismus ein Luxusgegenstand ist, den sich die Mächtigen und Wohlhabenden immer erlauben dürfen, daß er andererseits ein gutes Mittel ist, Wachsamkeit zu wecken in einer Volksgesamtheit, welche die Überzeugung gewonnen hat, daß die Ostmarken des Reiches für immer germanisiert sind und daß es dort in Wahrheit nichts mehr zu tun gibt. Die Notwendigkeit dieser Wachsamkeit und die Hineinlenkung der deutschen Kräfte gegen die Polen hat Bismarck ausgezeichnet verstanden, was sein häufiges und offenes, scheinbar sogar lächerliches Vorgehen gegen uns erklärt; sie wird von seinen Nachfolgern und von den zahlreichen Erben seiner Idee verstanden, und auch Graf Bülow weiß sehr wohl, was er tut, wenn er dem Reichstage die absichtlich ad hoc verfaßten Berichte der Regierungspräsidenten von dem erschreckenden Wachstum des Polentums und von seinem in jeder Beziehung schnellen Fortschritt vorlegt. Auch wir konnten, solange wir es nötig hatten, in uns auch nur einigen Glauben an unsere eigene Stärke zu erwecken, diese für uns trostreichen deutschen Stimmen à la lettre auffassen; heute aber, da wir die Empfindungs- und Denkart eines gesunden Volkes wieder zu erlangen anfangen, da wir unter ihrem Einfluß an eine gesunde nationale Tat zu denken beginnen, dürfen wir uns nicht verblenden lassen und den deutschen Pessimismus nicht mit unbedenklicher Wiederholung aller preußischen Märchen von unseren unglaublichen Fortschritten beantworten. Unsere Lage im preußischen Landesteil ist außerordentlich gefährdet, und zwar ebenso gefährdet hinsichtlich des Zustandes unserer Volksgesamtheit, als auch hinsichtlich der Organisation des mit uns geführten Kampfes auf deutscher Seite.

Zweifellos hat der natürliche „Drang nach Osten“ aufgehört, dagegen sind an seine Stelle die Wanderungen unseres Volkes nach dem Westen getreten. Hierzu tragen viele Ursachen bei, aber gewöhnlich führen wir die wichtigste davon nicht an, nämlich die riesenhafte Entwicklung der deutschen Industrie, welche mit der Einigung des Kaiserreichs begonnen hat und welche nicht nur Millionen von Deutschen Verdienst gewährt, sondern überdies auch die polnische Bevölkerung in die Fabrikzentren heranzieht. Ohne Zweifel hat sich dadurch das Polentum an Zahl vermehrt; ebenso haben wir uns in gleicher Weise, dank der fortschreitenden Bildung unter den Massen im preußischen Anteil wirtschaftlich gestärkt, unser Nationalbewußtsein gekräftigt und politisch uns einexerziert.

Wir müssen aber dessen eingedenk sein, daß unsere Gesamtheit in diesem Landesteil infolge des aufreihen-

den Kampfes ums Dasein und durch den Einfluß deutscher Kultur stark materialistisch geworden ist, daß sie sich der rein materiellen Lebensseite hingegeben hat, in welcher die nationalen Unterschiede keine Rolle spielen. Das polnische Geistesleben wurde desorganisiert und existiert im preussischen Landesteil eigentlich nicht, der typische Repräsentant des Polentums aber beginnt ein Mensch zu sein, der sich vom Deutschen nur dadurch unterscheidet, daß er neben der deutschen auch die polnische Sprache beherrscht, welche er zuhause spricht (manchmal sind da auch beide im Gebrauch), daß er polnischen Organisationen und Vereinigungen angehört und daß er bei Wahlen seine Stimme einem Polen gibt. Man muß im Auge behalten, daß, wenn das Polentum unter der ganzen Masse unserer Volksgemeinschaft dieses Landesteiles auf diese bescheidenen Grenzen beschränkt würde, sein Schicksal sich sehr ungewiß gestalten dürfte, da es keinen Stützpunkt in einer tiefen Absonderung der Kultur, der Gefühle, des Gedankens hätte, des Gedankens, der dem Menschen den Übertritt zu den Deutschen, aber nur bei dem guten Willen der Einzelpersonen und durch den moralischen Zwang der öffentlichen Meinung unmöglich macht.

Darin liegt eine große Gefahr, aber am wenigsten vielleicht wird diese in dem preussischen Anteil selbst verstanden, wo viele Leute schon nicht mehr begreifen, daß die Nationalität noch andere Bande besitzt, als eine gemeinsame Sprache, als ein bewußtes Sichbekennen und schließlich Solidarität in der sozialpolitischen Tätigkeit.

Keine geringere Gefahr liegt darin, was auf deutscher Seite geschieht. Die lokale deutsche Gesellschaft organisiert sich uns gegenüber immer sorgfältiger und allseitiger; die preussischen Behörden beuten bis zu den äußersten Grenzen die Verfolgung des Polentums aus, soweit sie unter tatsächlicher oder scheinbarer Beobachtung der bestehenden Gesetze möglich ist; das alles aber genügt nicht, und der deutsche Gedanke arbeitet mit Aufbietung aller Kräfte daran, sich einen vollständigen Sieg über uns zu sichern. Die Litteratur der Polenfrage wächst in Deutschland erschreckend: Rechtsgelehrte und Verwaltungspraktiker erwägen ernstlich eine gesetzliche Einschränkung des Polentums, wobei sie auf solche Gedanken kommen, wie z. B. auf das Verbot der Herausgabe polnischer Blätter (daselbe, was heut in Litauen geschieht), oder auf die Entziehung der den Polen zustehenden Bürgerrechte und auf die Aufhebung der Konstitution bezüglich der Polen. Was von diesen Projekten zur Ausführung gelangen wird, wird die Zukunft zeigen; solche Erwägungen prophezeihen aber keinesfalls etwas Gutes.

Man muß bedenken, daß Einschränkungen in kulturellen Bedürfnissen eines höher zivilisierten Volkes, welches gewisse Bedürfnisse durch einen langen Gebrauch bereits dauernd gemacht hat, viel gefährlicher sind. Das Verbot der Herausgabe von Zeitungen zieht weit schlimmere Folgen dort nach sich, wo sich schon fast jeder Einwohner an das Zeitungslesen gewöhnt hat und ohne dasselbe wie ohne Nahrung nicht leben kann, als dort, wo die Zeitung noch eine Art von Luxus, ein Mittel zur Verschönerung des Lebens ist.

Auf die nächsten Jahrzehnte im preussischen Landesteil müssen wir schauen, als auf einen kritischen Moment, in welchem es zur Entscheidung kommen wird, ob das Deutschtum schließlich das Übergewicht über uns zu gewinnen imstande ist. Und lediglich eine große, allseitige Kraftanstrengung der ganzen Nation, nicht nur eines Teiles derselben, welcher den preussischen Druck leidet, vermag die Waagschale des Sieges auf unsere Seite zu neigen. In anbetracht dessen aber, daß die Länder des preussischen Landesteiles das

wichtigste nationale Territorium bilden, ohne welches in der Zukunft ein selbständiger polnischer Staat unmöglich bestehen könnte, ist es leicht erklärlich, wie auf viele Leute von dieser Seite ein so starker Eindruck gemacht wird, daß sie über die Gefahr von deutscher Seite hinaus nichts zu sehen vermögen. Daher soll auf die Germanophobie, wie sie bei uns in den letzten Zeiten herangewachsen ist, acht gegeben werden, als auf eine gesunde Erscheinung, als auf einen Ausdruck des nationalen Instinkts der Selbsterhaltung, welcher unserer Gesamtheit zeigt, woher uns die Gefahr droht, daß unsere nationale Existenz unterbunden wird. Die russenfreundliche Intrigue hat diese gesunde Erscheinung nur ausgebeutet und ihr eine positive Richtung gegeben, eine Richtung, welche, wie es schien und heut noch manchem scheint, eine logische Ergänzung des Hasses gegen die Deutschen ist.

In dieser Übergangszeit, in welcher wir leben, wo erst ein Teil der Volksgesamtheit des Wesens der inneren Umgestaltung, welcher wir unterliegen, sich bewußt geworden ist, herrscht noch in breiten Kreisen der Gesellschaft die Denkart, wonach in allen politischen Berechnungen die eigene Nation als Null betrachtet wird. Wir wissen schon, daß, wenn wir die Polen mit größter Vorsicht, d. h. nur die in der Familie polnisch sprechenden zählen, wir ihrer 20 Mill. annehmen können.

Wir wissen dies, wir haben es aber nicht begriffen. Wenn wir nämlich z. B. von dem zukünftigen Schicksal Österreichs sprechen, so können wir uns wohl die Frage vorlegen: ob sich die Tschechen mit diesem oder jenem einverstanden erklären werden? — obgleich diese Tschechen nur 5 Mill. zählen; aber nie kommt uns in den Sinn, daß vielleicht auch irgend etwas in der Welt von den 20 Mill. Polen abhängig sein könnte. Für Leute von dieser Denkungsart ist das notwendige Ergebnis der Anerkennung der deutschen Gefahr, daß sie in Rußland Rettung suchen.

Aus diesem Grunde zieht die Germanophobie unvermeidlich die Russenfreundlichkeit nach sich.

Aus dem gleichen Grunde wurden auch die Bekämpfer der russischen Sympathien sofort des Wohlwollens oder der Rücksichtnahme den Deutschen gegenüber, oder wenigstens der Geringschätzung der seitens der Deutschen drohenden Gefahr bezichtigt.

Indessen sehen und beobachten wir diese Gefahr mit größerem Ernst, als viele unserer Anhänger der Slaven- und Russenfreundlichkeit. Anstatt aber den Deutschen die Russen gegenüber zu stellen, stellen wir den Deutschen und den Russen uns, d. i. das polnische Volk, gegenüber, welches nicht nur seine eigenen Bedürfnisse und Interessen, aber auch seine heut rasch wachsende Kraft besitzt. Es könnte dies vielleicht wie eine Phrase aussehen; daher muß die Sache näher beleuchtet werden.

Im Verhältnis zu seiner Zahl und zu dem von ihm bewohnten Gebiete stellt heut unser Volk eine sehr geringe Kraft vor. Der Entwicklung einer entsprechenden Kraft ist am meisten die Tatsache hinderlich, daß sich der Hauptteil der Nation unter der russischen Herrschaft befindet, wobei er sein Leben unter halbasiatischen Verhältnissen hinbringt, welche den Fortschritt in der Zivilisation erschweren und kein Feld zur Ausbildung politischer Kräfte darbieten. Für uns, die wir die Zukunft der Nation auf unsere eigene Kraft und auf unsere fortschrittliche Fähigkeit stützen, ist die Lage der polnischen Volksgesamtheit im russischen Anteil der Hauptgrund dafür, daß wir auf keinen Gebieten und nach keiner Front hin eine schaffende Lebenskraft und eine kampfbereite Macht besitzen.

Bergegenwärtigen wir uns, daß sich an der Weichsel das polnische Leben üppig entwickelt und

kräftig pulsiert — wären wir da nicht bei weitem stärker und widerstandsfähiger an der Warthe, wenn heut die Einflüsse zwischen den drei Landesteilen auf einander einwirken würden? Rührt ja doch die geistige Entnationalisierung, wie sie sich im preussischen Anteil bemerkbar macht, vor allem daher, daß wir heutzutage keinen mächtigen Brennpunkt für das polnische Geistesleben besitzen, welches seine Strahlen nach allen Seiten hin, in die entferntesten Gegenden hin, senden würde. Die Großpolen, die westpreussischen Polen, und heut auch schon die Schlesier kämpfen wacker und umsichtig gegen den deutschen Druck, sie kämpfen aber so, als ob sie ein kleiner Volksstamm wären, der aus seiner Ansiedelung heraus die Grenzen des preussischen Staates nicht überschreitet, denn das große, knapp hinter den Grenzen existierende polnische Gebiet hilft ihm nichts in diesem Kampfe. Sie haben Kenntnis von der Existenz der Polen jenseits der Grenzen, sie spüren aber fast in nichts diese ihre Existenz. Die Sache verhielte sich anders, wenn das Königreich (Polen) für den preussischen Landesteil das wäre, was das deutsche Reich für die Alldeutschen Österreichs ist. Es könnte aber sogar etwas mehr sein . . .

Wir betrachten uns in allen Landesteilen als ein Volk und haben die unwiderlegbare Überzeugung, daß die Entwicklung des polnischen Lebens an einem Orte die polnischen Kräfte überhaupt vermehrt. Die bescheidene Summe von nationalen Freiheiten, wie wir sie heut in Galizien besitzen, spiegelt sich schon heut vorteilhaft an dem Leben der anderen Landesteile ab, und je gesünder hierzulande das politische Leben sein wird, um so größer und nützlicher wird sein Einfluß sein. Der von unseren Landsleuten im preussischen Anteil erfolgreich geführte Kampf, besonders in den letzten Jahren, hat der ganzen Nation ungeheuren Mut eingebläht, hat in ihr das Gefühl der Kraft gehoben und zur Bildung neuer Begriffe im Bereiche unseres Verhältnisses zu den Feinden beigetragen. Das noch bis zu den heutigen Zeiten höhere Niveau des geistigen Lebens im Königreich (Polen) und der höher schlagende patriotische Gedankensflug, welcher aus der Tradition der Geschichte dieses Landesteils nach der Teilung Polens entsprang, haben lange Zeit die Bedeutung des polnischen Lebens in den beiden übrigen Anteilen emporgehalten; ja sogar unter den schwierigen Verhältnissen der letzten Zeiten sind sie zur Quelle der Wiedergeburt unserer nationalen Ideale in der Bewegung der Gegenwart geworden, welcher wir in unserem Blatte unsere Dienste weihen, und welche ihren Anfang im Königreich (Polen) genommen haben.

Aus Nr. 413 des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 4. September 1903:

Volksversammlung in Tarnobrzeg (Galizien).

Am 2. September d. J. tagte in Tarnobrzeg (Galizien) eine auf Initiative der Bauernpartei des Tarnobrzeger Bezirksrates einberufene, von Bauern und Geistlichen zahlreich besuchte Volksversammlung. Der Hauptteil der Verhandlungen dieser Versammlung betraf interne Angelegenheiten des Kronlandes Galizien, des Bezirkes Tarnobrzeg und seiner Umgebung. Den letzten Punkt der Beratungen bildete die Sonderstellung oder Selbständigmachung Galiziens. über diese Schlußverhandlungen schreibt das Lemberger *Slowo Polskie* wie folgt:

über die Angelegenheit der Selbständigmachung Galiziens referierte der Redakteur der „*Dzisiaj*“

(Waterland) Peter Panek in einer erschöpfenden Ansprache, welche auf Zahlen und historische Daten gestützt war.

Infolge der mehrstündigen Beratungen ermüdet, schienen das Volk anfangs etwas zerstreut zu sein, als sich aber der Redner von der Begeisterung fortreißen ließ und von den politischen und wirtschaftlichen Einzelmomenten sich den allgemeinen Ergebnissen zu nähern begann, als der dargebotene Stoff sich dadurch immer klarer und einfacher gestaltete, trat im Saale tiefe Stille ein. An den glänzenden Augen und an den gedankenvollen, vorwärts geneigten Gesichtern konnte man erkennen, daß die Versammelten schon ihre ganze Aufmerksamkeit aufboten, daß sie überlegten, rechneten, kalkulierten. Als aber der Referent geendet hatte, durchlief die Versammlung ein Beifallszittern. Die polnische Seele hat bei der Berührung der Parole von der Selbständigkeit ein Lebenszeichen von sich gegeben.

Jetzt wurde das vibrierende Metall von einem zweiten Vertreter der Nationaldemokratie mit aller Macht getroffen. Er sprach einfach so, wie man eine gutnützige Bauernseele anreden muß: „über unser Land ist ein furchtbares Mißgeschick hereingebrochen, es ist aber als eine Fügung Gottes hereingebrochen, damit wir zum Bewußtsein kommen, daß es um uns schlimm bestellt ist; denn an diesem Unglück sind doch nicht bloß die Regengüsse und Flüsse schuld, sondern auch wir, weil wir die Gefahr nicht vorausgesehen haben und weil wir nicht zu Räte gegangen sind. Wir müssen uns also dessen bewußt werden, daß nicht richtig verfahren wird.“

Im Lande gibt es viel Menschen — aber wenig Verdienst. So gehen denn die Unrigen, so weit und breit die Erde ist, nach Deutschland, nach Amerika, sie gehen Unbilden und Demütigungen entgegen, wenn sie bei Fremden arbeiten. Es ist noch gut, daß diese noch Aufnahme gewähren. Es kann aber der Tag kommen, wo die Grenze geschlossen und niemand hineingelassen wird. Ist es nicht etwa so in Amerika mit den Chinesen geschehen, und munkelt man nicht schon ebenso über die Unrigen! Was wird dann geschehen? Diese Mutter Erde ernährt sie nicht, Industrie und Fabriken gibt es keine im Lande und kann es keine geben, so viel als nötig sind, solange die Fremden bei uns wirtschaften und Steuern auferlegen.“

„Doch uns handelt es sich nicht bloß ums Brot, sondern auch um die menschliche Würde. Herrschen doch alle Völker der Welt allein über sich, sollen wir denn da als einzige erlauben, daß uns Fremde regieren und zwar nicht nur dort, wo Gewalt und Übermacht herrschen, sondern sogar in Galizien, wo wir eine Konstitution haben und die Möglichkeit, weitere Rechte zu erlangen. Besinnen wir uns, tun wir uns zusammen und wir werden die Selbständigkeit erringen. Wir sind doch so groß an Zahl — so viele gesunde und kräftige Bauern — nur an Dreistigkeit fehlt es noch, um unseren Willen durchzusetzen. Die Tarnobrzeger Landwirte, bekannt durch ihre gute Wirtschaft im Bezirke, haben die Pflicht, den andern ein gutes Beispiel zu geben und den lauten Ruf zu erheben, daß wir hier keiner deutschen Herrschaft bedürfen und daß wir allein auf unserer Erde zu wirtschaften verstehen.“

Das Volk hörte mit angehaltenem Atem zu. Es fühlte, daß zu ihnen, als zu Bürgern des Landes, zu Polens Bürgern gesprochen wurde, denen als guten Wirten im Hause das Recht zusteht, über ihre Angelegenheiten zu entscheiden und es begriff seine Macht und sein Recht. In den Augen erglänzten Tränen der Begeisterung. Als der Redner geendet hatte, erscholl ein Beifallsturm und ein donnernder Ruf.

Gegen die Resolution begann der Abgeordnete Zdislaw Graf Tarnowski zu sprechen. Seines Erachtens ist die Angelegenheit zu wichtig, als daß man

darüber hier entscheiden dürfte. Es sind ernste Besorgnisse vorhanden, ob wir im Falle der Erlangung der Selbstständigkeit das Land entsprechend einzurichten vermögen, ob wir mit den neuen Steuerlasten werden fertig werden, ob ferner die Selbständigmachung des Landes nicht eine für uns gefährliche Intervention Preußens und Rußlands herbeiführen wird. Daher wird auch Graf Tarnowski selbst für die Resolution nicht stimmen und andern dazu nicht raten, nicht deshalb, daß er ein Gegner der Selbstständigkeit wäre, sondern deswegen, weil diese Angelegenheit noch nicht aufgeklärt ist.

Das Volk hörte aufmerksam zu und überlegte.

In dem gleichen Sinne des Vorredners sprach auch der Abgeordnete Bomba. Die Sonderstellung ist eine schöne Sache, wir müssen aber von Österreich zuerst zurückhalten, was es uns genommen. Jetzt werden Kanäle angelegt. Wenn uns Österreich Kanäle und Bahnen gebaut hat, dann werden wir für die Selbstständigkeit eintreten. Vorher aber müssen wir uns versichern, daß unsere Brüder, Slaven, Czeden und andere Slaven, das gleiche erhalten. (In diesem Augenblicke geht ein Murren durch die Versammlung, und eine Donnerstimme schallt durch die Versammlung: und wir zuletzt! nicht wahr!)

Im Saale läßt sich ein lautes Murren vernehmen. Das Argument vom Mangel an finanziellen Kräften erregt Zweifel. Dieses Argument wurde aber zurückgewiesen. Mit der Broschüre des Professors Glabinski in der Hand, führt einer der Nationaldemokraten den Beweis, daß die Zahlen die Möglichkeit einer Selbstständigkeit dartun, er beruft sich auf das Beispiel Ungarns und des Königreichs Polen und fordert noch einmal zum Kampfe auf. Wenn man Euch fragte, ruft er aus: „Wolltet Ihr Polen haben? dann würdet ihr einstimmig ausrufen: „Wir wollen!“

Polen ist ja nicht eine kleine Provinz, wie Galizien, sondern ein großes Stück Land, in welchem zu wirtschaften mit einigen Schwierigkeiten verknüpft wäre, und doch würde niemand von Euch zaudern, wenn es um die Unabhängigkeit kämpfen hieße. Man wird etwas mehr Steuern bezahlen müssen, nun wir werden sie bezahlen, aber auch mit ihnen allein wirtschaften.

Der Abgeordnete Krempa erklärte sich im Namen der Volksparteiler ohne Vorbehalt für die Selbständigmachung. Als aber auch Dr. Surowiecki nach mehreren Rednern das Wort ergriff und die Geschichte der Selbstständigkeitsbestrebungen und ihre wirtschaftliche Bedeutung darlegte, traten die Zweifel bedeutend zurück, und mit allen gegen 5 Stimmen wurden folgende Resolutionen angenommen:

„Anerkennend, daß die wichtigste Ursache der traurigen Lage Galiziens in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht der Umstand ist, daß unser Land keine solche Selbstständigkeit besitzt, wie ihm mit Rücksicht auf die natürliche Sonderstellung und auf die historische Vergangenheit unserer Nation gebührt, fordern wir eine Änderung des staatsrechtlichen Verhältnisses Galiziens zu Österreich und zwar:

1. Die Erweiterung der Kompetenz des Landtages auf alle unser Land betreffenden Angelegenheiten, welche heute vor den Reichsrat hingehören, mit Ausnahme der wenigen Angelegenheiten, welche ohne Teilnahme der Vertreter der anderen Kronländer nicht erledigt werden können;

2. die Bildung einer vor dem Landtage verantwortlichen Landesregierung, welcher alle Behörden und Ämter im Lande unterstehen würden;

3. die Übertragung an den Landtag und an die Landesregierung des Rechtes der Festsetzung und Erhebung aller (unmittelbaren) direkten Steuern und die Zuerkennung des Eigentums und die Übergabe der

Verwaltung der Staatsgüter an das Land, da sie das rechtlich anerkannte Eigentum des polnischen Volkes sind. Die Einnahmen aus den Steuern und aus den Landesgütern sollen für die gemeinsamen Bedürfnisse des Staates verwendet werden.

Wir fordern alle Landtags- und Reichsratsabgeordneten auf, sie möchten mit Aufbietung aller Kräfte die Durchführung dieser Bestrebungen auf dem Wege der Gesetzgebung anstreben. Gleichzeitig wenden wir uns an die gesamte polnische Bevölkerung, sie möchte dieses unser Streben nach Selbstständigkeit unseres Landes nachdrücklich durch Beschlüsse in zu diesem Zwecke einberufenen Volksversammlungen und in Zusammenkünften billigen.

Unter donnernden Rufen, mit dem Gesänge „Noch ist Polen nicht verloren“ im Munde, mit Tränen in den Augen und zugleich mit Begeisterung im Antlitze verließen die Versammelten den Saal des Tarnobrzeger Turnvereins „Sokol.“

In der Geschichte der Selbständigmachung des Landes und in der polnischen Geschichte nach der Teilung wird die Tarnobrzeger Volksversammlung ein schönes Blatt bilden.

Aus Nr. 33 des Kraj (Petersburg)

vom 15./28. August 1903:

Aus Galizien, im August.

Der internationale Kongreß der Geologen in Wien, der neunte in der Reihe, führte viele Teilnehmer zusammen, und eine bedeutende Anzahl derselben stattete Galizien einen Besuch ab. Das alte Krakau beherbergte also in seinen Mauern gewiß nicht die ersten besten. Auf dem Krakauer Bahnhofe fanden sich die Vertreter von 11 Staaten wie: Frankreich, England, Ungarn, Deutschland, Serbien, Rußland, Rumänien, Bulgarien, Schweden und der Schweiz ein; den fernerer Osten vertrat der Japaner Kotu aus Tokio. Auf dem Bahnhofe wurden sie von einem Komitee, an dessen Spitze Professor Szajnoch stand, empfangen. Die Gelehrten nahmen Wohnung im „Grand Hotel“, alsdann fand feierlicher Empfang im Vortragssaale des geologischen Instituts im „Collegium phisicum“ statt. Zwei Tage darauf begaben sie sich nach Krzeszowice, um daselbst die Bergwerke zu besichtigen. Nach der Rückkehr fand abends ein Banquet im Restaurations-Saale des „Grand Hotel“ statt. Den ersten Toast brachte in französischer Sprache im Namen der Stadt Dr. Muczkowski aus, worauf Herr Schmidt aus Basel in deutscher Sprache antwortete und auf das Wohl der Stadt Krakau trank. Professor Friedrich Zoll toastete in deutscher Sprache im Namen der Jagiellonischen Universität. Unter anderen Ansprachen ist der in englischer Sprache durch Professor Kotu aus Tokio auf das Wohl Polens ausgebrachte Toast zu erwähnen.

Alles ist demnach in Krakau aufs beste abgelaufen. Den Teilnehmern des Kongresses war es darum zu tun, Ostgalizien, das Land des Honigs und des Steins, kennen zu lernen. So haben sie sich denn auch auf den Weg gemacht, um die Erdböl spendenden Gefilde in Augenschein zu nehmen, und das in der Geschichte der galizischen Industrie bekannte Woryslaw konnte den Augenblick erleben, auf seinem Terrain die schätzbaren europäischen Gäste zu sehen. Es sah und ehrte sie. Im Kasino zu Wolanka hatten sich 50 Personen versammelt, und inmitten fröhlichen Geplauders bei Speis und Trank verbrachte man drei frohe Stunden.

So referiert das *Slowo polskie*, welches durch die Ankunft und die Art der Begrüßung der Gäste, besonders aber durch die Toaste, erfreut wurde, unter welchen sich einer befand, der dem *Slowo* namentlich angenehm war. In diesem Toaste wurde dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß die schätzbaren Gäste niemals vergessen mögen, daß Boryslaw weder österreichisch, noch galizisch, sondern polnisch sei. Die Gäste nahmen diese Erklärung mit stürmischem Beifall auf, manche von ihnen verfielen jedoch in eine gewisse Bestürzung. Es erhob sich aus der Reihe der anwesenden Gäste Herr Graesner aus Staffurt, ein deutscher Geologe, und äußerte den Wunsch, man möge doch diese angenehme Unterhaltung nicht durch politische Schwärmereien verderben. Daraufhin wurden viele Toaste auf das Wohl verschiedener Nationalitäten ausgebracht, die deutsche aber ließ man aus. Man trank auch auf das Wohl der russischen Nationalität, welche durch die Professoren Inostrancew, Karpinski und Bogt vertreten war.

Ob die Boryslawer Gastgeber recht hatten, Boryslaw polnisch zu nennen, das bezweifelte gar sehr der Raprzod, daran erinnernd, daß nach dem Szejpanowski'schen Bankrott in Boryslaw die Herren Mac Garvey, David Janto und Gartenberg regieren und daß es von der Wiener Länderbank im Besitz gehalten wird. Wunderbar erschien dem Raprzod jenes Trinken auf das Wohl aller der Nationalitäten, nicht ausgeschlossen die russische, und daß die deutsche Nationalität in so demonstrativer Weise ausgelassen wurde. Diese Unart — so ruft das Organ der Krakauer Sozialdemokratie — ist wohl von verwilderten Kindern, nicht aber von erwachsenen Leuten zu erwarten.

Dieser Eindruck ist schnell wieder in den Gemütern der Ausflügler verwischt worden, nachdem sie nach Schodnica gekommen waren und sich nach eingehender Besichtigung desselben zum Mittagmahle in Ognisko niedergelassen hatten. Der Direktor Kapellener toastete in deutscher Sprache auf das Wohl derer, die zum erstenmal aus entlegenen Ländern herbeigeleitet waren, um die galizische Steinöl-Industrie in Augenschein zu nehmen. Ohne sich lange zu besinnen, erwiderte darauf Professor Vidal aus Paris, daß er die polnische Gastfreundschaft preise und Schodnica bewundere. Bei den weiteren Ausflügen nach Buczac, Czorkow, Delatyn und Lemberg haben die fremdländischen Geologen zweifelsohne nur angenehme Eindrücke gewonnen. Es ist anzunehmen, daß Zakopane sie ebenfalls wohlgeneigt stimmen wird.

Aus Nr. 204 der Reforma (Krakau)

vom 8. September 1903:

Eine neue Tragödie.

Vor dem preußischen Strafgericht in Beuthen beginnt morgen der erste Akt eines derjenigen schmerzlichen Dramen, die sich in dem grausamen Kampfe mit dem Hafatismus im preußischen Landesteil immer häufiger abspielen. Auf der Anklagebank wird die erste Schar der wegen Gewalttätigkeiten und strafbarer Ausschreitungen angeklagten polnischen Schlesier platzen, welche von diesen angeblich während der bekannten Wahlkrawalle in Lanwähütte begangen worden sein sollen. Es sind ihrer 68, und zwar sind sie nach dem Dafürhalten der preußischen Staatsanwaltschaft die weniger schuldigen, einzig und allein tätlichen Teilnehmer jener Krawalle. Der zweite Akt dieses Dramas folgt am 28. d. M.; an diesem Tage werden

vor dem Schwurgericht der gleichen Stadt die acht angeblichen Räbelsführer jener Ausschreitungen erscheinen.

Wir kennen den ganzen Inhalt des Anklageaktes in dieser Angelegenheit noch nicht, es ist also schwer voranzusehen, was für Urteile in diesen beiden Terminen ergehen werden. Nach so vielen traurigen Erfahrungen aber, nach so vielen Beweisen beispielloser, seitens der preußischen Gerichte den Polen zugefügter Grausamkeiten, darf man befürchten, daß diese Urteile wiederum die Herzen der polnischen Gesamtheit bluten machen und ihnen einen neuen Schmerzeschrei entlocken werden. Die im Hasse gegen die Polen zügellose hafatistische Presse fordert schon solche Urteile, und ihre Forderung war schon wiederholt für die preußischen Richter ein Fingerzeig und ein Befehl.

Was haben diese armen Schlesier getan? Nun, sie haben sich von Entrüstung und Erbitterung hinreißen lassen, sie haben eine Wahlversammlung der Zentrumsparthei gesprengt, sie haben aus dem Saale einen germanisatorischen Geistlichen vertrieben, der sie zur weiteren Unterwürfigkeit unter die deutsche Partei zu zwingen suchte, und hierauf haben sie sich auf die Polizei gestürzt und einige Fensterscheiben in deutschen Häusern eingeschlagen. Ähnliche Fälle ereignen sich des öfteren in allen europäischen Ländern, niemand aber verurteilt sie all zu streng.

In den Augen der preußischen Regierung gilt eine solche Kundgebung von Heißblütigkeit, wenn Polen mit im Spiele sind, als Aufruhr, als Revolution, als Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit des Staates. Wenn die preußischen Richter nur ein bißchen dem Gefühl der Billigkeit und Gerechtigkeit zugänglich wären, so sollten sie diesen Fall noch nachsichtiger und milder beurteilen, als andre ähnliche Vorgänge. Dies verlangen die Beweggründe, von welchen die sonst ruhigen und sanftmütigen Schlesier sich zu solchen Ausschreitungen hinreißen lassen. Der Hauptschuldige ist im vorliegenden Falle niemand anders, als die preußische Regierung selbst. Wer so, wie sie, nicht allein das Recht, sondern auch das polnische Nationalgefühl vergewaltigt und mit Füßen tritt, wer mit solch zynischer Offenheit als Vergeltung für den hohen von diesem Volke empfangenen Tribut seines Blutes und seiner Habe diesem das fürchterliche und unbittliche „ausrotten“, verkündet, der kann, der soll sich nicht wundern, daß sich dieses Volkes schließlich Verzweiflung bemächtigt, daß in ihm jeder Nerv, jeder Gedanke, das ganze Blut in Wallung gerät. Im gegenwärtigen Falle liegt noch ein anderer Gewaltakt vor: es wurde der Versuch gemacht, dem Volke sogar die Möglichkeit zu nehmen, sein politisches Recht, das Wahlrecht auszuüben, was ihm durch die Verfassung verbürgt wird. — Die polnischen Wähler konnten nirgends einen Versammlungsraum finden, denn die Polizei hinderte sie daran, während es den Zentrumsleuten erlaubt war, unter dem Schutze der Polizei frei ihre Verhandlungen zu führen und in diesen Beratungen für das polnische Volk eine neue Schlinge um den Hals zu schmieden. Die preußischen Richter sind aber solchen berechtigten Reflexionen nicht nur unzugänglich, sondern sie nehmen solche Fälle wahr, um das Volk den ganzen Druck der deutschen eisernen Hand fühlen zu lassen und es noch mehr zu bedrücken. Sie beschließen nur das Werk, welches in der Absicht, die polnische Bevölkerung zu hegen und sie zu solchen Schritten zu treiben, gewöhnlich von den Polizeibehörden angefangen wird. — So stellt sich heut die überschätzte deutsche Zivilisation und Kultur dar.

Wenn jedoch die preußische Regierung und das Gericht die Beweggründe zu diesen Krawallen nicht berücksichtigen wollen, dann wird sie das polnische Volk gebührend zu beurteilen verstehen. In seinen Augen sind die Beuthener Angeklagten keine Verbrecher oder Übertreter, sondern die Opfer und Märtyrer des Feindeshasses. — Das polnische Volk besitzt heut keine politische Selbständigkeit, es besitzt also nicht die Möglichkeit, sich seiner so grausam ekränkten Brüder anzunehmen, aber es hat — wie mit Recht die Posener Praca hervorhebt, noch genug Mittel, die Tränen der Opfer und ihrer Familien zu trocknen, sie vor Hunger und Elend zu schützen; es hat genug Kräfte des Geistes, ihren Herzen Mut einzulößen. Das polnische Volk wird auch aus den Beuthener Urteilen die dementisprechenden Konsequenzen ziehen.

Doch einen Trost bergen diese immer öfter sich wiederholenden Tragödien im preußischen Landesteil. Ihre Vermehrung beweist, wie sehr unter dem dortigen Volke der Haß gegen das Deutschtum zunimmt.

Unter der ersten Serie der Beuthener Angeklagten befinden sich zwei Kinder im Alter von noch nicht 12 Jahren, außerdem zehn Personen, welche noch nicht das 16. Lebensjahr erreicht haben. Wie tief mußte doch die preußische Schule den Haß gegen die Deutschen diesen jungen Herzen eingepflicht haben — jene Schule, welche doch das junge Polengeschlecht germanisieren soll. Die preußischen Behörden dürfen sich also ungestraft an der Qual des polnischen Volkes weiden, aber bezüglich der Resultate ihrer Germanisierungspolitik werden sie eine arge Enttäuschung erfahren. Die gegen alles Deutsche durch diese Politik genährte Verachtung und Abneigung werden für das polnische Volk im preußischen Landesteil die beste Wehr gegen die Germanisierung sein. Die unbarmherzige Germanisierungswut selbst gräbt ihren Zielen das Grab. Und das ist trotz des Schmerzes, welchen in uns das Los jener Opfer hervorruft, ein großer, diesen Tragödien entspringender Trost!